

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen der ... Versammlung des ... Landtags des Freistaats Oldenburg

Staat Oldenburg

**Oldenburg, [O.], Landtag 1.1849 - 6.1852; 30.1905/08 -
33.1916/19; 1.1919/20 - 5.1928/30[?]**

2. Sitzung, 22.02.1927

[urn:nbn:de:gbv:45:1-90141](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-90141)

Stenographischer Bericht

über

die Verhandlungen

der

3. Versammlung des IV. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Zweite Sitzung.

Oldenburg, den 22. Februar 1927, vormittags 10 Uhr

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Am Regierungstische: Ministerpräsident v. Finckh, Minister Dr. Driver und Dr. Willers, Geh. Oberregierungsräte Tappenbeck und Muzenbecher, Oberschulrat Heering, Ministerialräte Hennings, Eilers, Ostendorf I, Zeidler, Regierungsräte Dr. Fischer, Koss, Ott, Amtsgerichtsrat Köster.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung und bitte den Herrn Schriftführer, das Protokoll zu verlesen. (Abg. Deltjen verliest das Protokoll der 1. Sitzung). Sind Einwendungen gegen das Protokoll zu erheben? Das ist nicht der Fall; dann ist es genehmigt. Ich bitte jetzt Herrn Abg. Heidkamp, die Eingänge und Vorlagen mitzuteilen. — Geschieht. — Ist der Landtag mit den Ueberweisungen einverstanden? Das ist der Fall. — Es ist weiter noch eingegangen ein selbständiger Antrag des Abg. Tansen folgenden Wortlauts:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen: Im Reichsrat und bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß unter Beibehaltung der Differenzierung des Gerstenzolles, der heute bis zum 30. März geltende Zoll auf Futtergerste in Höhe von 20 M für die Tonne und der auf Mais in Höhe von 32 M die Tonne weiter ermäßigt und möglichst ganz beseitigt wird.

Ich habe angenommen, daß der Landtag diesen Antrag in Betracht ziehen will und habe ihn dem Ausschuß I überwiesen. Der Landtag ist damit einverstanden. — Es ist weiter eingegangen eine förmliche

Anfrage des Herrn Abg. Tansen folgenden Wortlauts:

Die Bewertung der landwirtschaftlichen Grundstücke zur Feststellung der Einheitswerte nach dem Reichsbewertungsgesetz ist in der Marsch gegenüber der Bewertung landwirtschaftlicher Grundstücke im übrigen Oldenburg und im Reich erheblich zu hoch erfolgt. Die Bewertung gilt für die Steuerjahre 1926/27. — Was gedenkt die Regierung zu tun oder was hat sie bereits getan, um diese steuerliche höhere Belastung der Marsch zu verhindern?

Ich werde diese förmliche Anfrage auf die nächste Tagesordnung setzen. — Es liegt dann vor ein selbständiger Antrag des Herrn Abg. Wempe und 5 anderer Herren, der enthält 3 Anträge:

1. Das Staatsministerium wolle beim Reichsfinanzministerium dahin wirken, daß die bei der Einheitsbewertung gestörte Nachbargleichheit zwischen Oldenburg und Preußen auch hinsichtlich der Einheitswerte für 1925 und 1926 nachträglich noch hergestellt wird.
2. Das Staatsministerium wolle bei der Reichsregierung dahin wirken, daß der Herr Reichsminister der Finanzen vor Beginn der Einheitsbewertung für das Kalenderjahr 1927 durch den Reichsbewertungsbeirat weitere Betriebe in Süddoldenburg bewerten läßt und zwar tunlichst in typischen Gemeinden Betriebe größter Ertragsfähigkeit.



3. Das Staatsministerium wolle bei der Reichsregierung dahin wirken, daß der Herr Reichsminister der Finanzen vor Beginn der Einheitsbewertung 1927 durch Erlaß die Befugnisse (Rechte und Pflichten) der Mitglieder der Grundwertauschüsse genau festlegt.

Ich habe angenommen, daß der Landtag auch diesen Antrag in Betracht ziehen will und habe ihn dem Ausschuß 3 überwiesen. Der Landtag ist damit einverstanden. — Es liegt dann ein selbständiger Antrag Dannemann-Thye vor, der auch heute bereits auf der Tagesordnung steht:

Wir beantragen, der Landtag wolle beschließen, bei der Reichsregierung und dem Reichsrat dahin zu wirken, daß die oldenburgische Viehzucht, Schweinemast und Schweinezucht gegen die übermäßige Einfuhr von ausländischen Schweinen und Gefrierfleisch vor dem Ruin geschützt wird.

Auch bei diesem Antrag habe ich angenommen, daß der Landtag ihn in Betracht ziehen will und habe ihn dem Ausschuß 1 überwiesen. Der Landtag ist einverstanden. — Es liegt dann der folgende selbständige Antrag des Herrn Abg. Albers vor:

Ich beantrage, dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu geben:
 betr. Aenderung des ^{Gesetzentwurf} Jagdgesetzes für den Landesteil Oldenburg von 3. 7. 1926.

Dieser Antrag ist im Abklatsch enthalten; ich unterlasse deshalb die Verlesung. Ich habe angenommen, daß der Landtag ihn in Betracht ziehen will und ihn dem Ausschuß 2 zur Vorberatung überwiesen. Der Landtag ist einverstanden. — Dann liegt vor ein selbständiger Antrag des Herrn Abg. Zimmermann folgenden Wortlauts:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, allen Staatsarbeitern (einschl. der Staatsforstarbeiter) die Sonderzulage, welche den Beamten, Wartegeld- und Ruhegehaltsempfängern, Hinterbliebenen und Angestellten nach dem R. V. B. Nr. 28 vom 17. Dezember 1927 lfd. Nr. 1422 und 1423, sowie den Arbeitern der Reichsverwaltungen lt. R. V. B. Nr. 29 vom 20. Dezember 1926 lfd. Nr. 1425 zuteil geworden ist, nachträglich zu bewilligen und auszusahlen.

Ich habe angenommen, daß auch dieser Antrag in Betracht gezogen werden soll und ihn dem Ausschuß 1 überwiesen. Der Landtag ist einverstanden. — Schließlich folgt ein selbständiger Antrag des Herrn Abg. Weyand, der folgendermaßen lautet:

Ich beantrage, der Landtag wolle dem nachstehenden Gesetze seine verfassungsmäßige Zustimmung geben:

Gesetz für den Landesteil Birkenfeld über Aenderung des Gesetzes für das Fürstentum

Birkenfeld, betreffend Förderung der Rindviehzucht, vom 31. Mai 1917.

Einziger Artikel.

In § 2, Ziffer 1 des Gesetzes werden zwischen den beiden Worten „Simmenthaler“ und „Rasse“ die Worte „und Clandonnersberger“ eingefügt.

Ich nehme an, daß der Landtag auch diesen Antrag in Betracht ziehen will und habe ihn dem Ausschuß 2 überwiesen. Der Landtag ist einverstanden. — Ich gebe dann Herrn Abg. Lehmkuhl zum Vortrage einer kurzen Anfrage das Wort.

Abg. **Lehmkuhl**: Nach Zeitungsmeldungen droht aus den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen eine starke Schweineeinfuhr hervorzugehen. Die Schweinezucht und Mast gehört zu den Grundlagen der oldenburgischen Landwirtschaft.

Was gedenkt die oldenburgische Staatsregierung zu tun, um die schwersten Schädigungen von der oldenburgischen Landwirtschaft fernzuhalten, zumal die Schweinemast in Deutschland schon heute mit Überzeugung rechnen muß.

Präsident: Die Antwort, die das Staatsministerium darauf erteilt, lautet folgendermaßen: „Die mit Schreiben vom 25. Jan. d. J. mitgeteilte kurze Anfrage des Herrn Abg. Lehmkuhl betr. Schweineeinfuhr aus Polen wird beantwortet wie folgt:

„Wie aus Pressmitteilungen allgemein bekannt geworden ist, hat der deutsche Vertreter bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen geäußert, daß zu befriedigenden Vereinbarungen mit Polen nur zu gelangen sei, wenn ihm hinsichtlich der Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach Deutschland weitgehende Zugeständnisse gemacht würden, und daß insfolgedessen der zollfreien Einfuhr einer zahlungsmäßig begrenzten Menge von geschlachteten Schweinen in den Industriebezirk Oberschlesiens, sowie der zollfreien Einfuhr einer unbeschränkten Anzahl geschlachteter Schweine nach Fleischwarenfabriken in größeren Städten des ganzen Reichsgebiets zugestimmt werden müsse. Bei aller Bedeutung, die der Abschluß eines Handelsvertrages mit Polen für große wirtschaftliche Interessengebiete des Reiches, insbesondere Deutsch-Oberschlesiens, haben mag, vertritt die Oldenburgische Staatsregierung die Auffassung, daß diese Konzessionen das erträgliche Maß weitaus überschreiten. Allenfalls mag man sich mit der Zulassung der Einfuhr einer zahlenmäßig begrenzten Menge geschlachteter Schweine nur für den ober-schlesischen Industriebezirk abfinden können, zumal eine solche Einfuhr auch vor dem Kriege Rußland zugestanden war. Dagegen gibt die unbeschränkte zollfreie Einfuhr geschlachteter Schweine nach Fleischwarenfabriken in den größeren Städten des gesamten Reichsgebiets zu den ernstesten Befürchtungen Veranlassung, und zwar sowohl wegen der drohenden Gefahr der Einschleppung von Seuchen als noch viel mehr aus dem Grunde, weil unter den zurzeit gegebenen Ver-



hältnissen die deutsche Schweinemast nicht so billig produzieren kann als die unter günstigeren Bedingungen wirtschaftende polnische Konkurrenz, und infolgedessen die wertvolle deutsche Schweinezucht und Schweinemast, die gerade in den letzten Jahren zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe, besonders Kleinbetriebe, vor dem Untergang bewahrt hat, zum Erliegen kommen muß. Die Oldenburgische Staatsregierung ist daher bei jeder geeigneten Gelegenheit mit aller Entschiedenheit gegen die Zugeständnisse eingetreten und wird auch in Zukunft alles tun, um die gefährdeten Interessen der auf die Erträge der Schweinehaltung angewiesenen Landwirte wahrzunehmen." (Abg. T a n z e n: Sehr richtig! Bravo! recht!).

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Ich habe Ihnen eine Nachfrage zur Tagesordnung zukommen lassen, den Punkt 26 a; ich möchte darauf aufmerksam machen. — Punkt 1 der Tagesordnung ist ein

Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe der Deutschvölkisch. Freiheitsbewegung, betr. Einziehung von Gerichtskosten.

Der Ausschuh beantragt:

Der Landtag wolle über die Eingabe zur Tagesordnung übergehen. Ich eröffne die Beratung. Keine Wortmeldungen. Wir stimmen ab. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen sich zu erheben. — Geschieht. — Er ist angenommen. — Punkt 2 der Tagesordnung ist ein

Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe der Deutschvölkisch. Freiheitspartei betr. Aufwertung der Grundsteuer und der Kolonistenrente.

Der Ausschuh beantragt im Antrage 1:

Der Landtag wolle beschließen, den ersten Teil der Eingabe der Regierung als Material zu überweisen,

und in bezug auf den zweiten Teil beantragt er: Uebergang zur Tagesordnung. Der Antrag muß lauten:

Uebergang zur Tagesordnung über den zweiten Teil.

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort Herrn Abg. T a n z e n:

Abg. T a n z e n: In der Eingabe ist ein Druckfehler enthalten. Im 2. Absatz muß es heißen: „beantragen wir, daß die Rente nicht höher wie 25 % aufgewertet wird.“

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich darf vielleicht über beide Anträge zugleich abstimmen lassen und bitte die Abgeordneten, die die beiden Anträge annehmen wollen sich zu erheben. — Geschieht. — Sie sind angenommen. — Punkt 3 der Tagesordnung ist ein

Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe der Deutschvölkisch. Freiheitsbewegung, Landesverband Oldenburg, betr. Nichtzulassung der Juden zu den oldenburgischen Landwirtschaftsschulen.

Der Ausschuh beantragt dazu:

Der Landtag wolle über die Eingabe zur Tagesordnung übergehen.

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort dem Herrn Berichterstatter Abg. H u g.

Abg. H u g: Meine Herren! Ich bin sehr erfreut über die Einmütigkeit des Ausschusses bzgl. des Inhalts dieser Eingabe, und ich möchte dieser Freude hier Ausdruck geben. Ich hoffe, daß der Landtag die gleiche Stellung einnimmt. Die Versuchung, über diese Fragen hier öffentlich zu reden, ist sehr groß, wenn man aus den Eingaben dieser Tagesordnung, die mit 3, 5, 6 und 7 bezeichnet sind, ersieht, daß sie rassenschülerische Propaganda betreiben. Da aber der Verfasser dieser Eingaben dem hohen Hause nicht angehört und ein Gleichgesinnter auch nicht hier ist (Abg. Lehmkuhl: Jawohl!) (Heiterkeit) — ich schätze jeden Bekennermut und nehme damit das Wort zurück —, so will ich der Versuchung mit Herrn Lehmkuhl zu polemisieren zunächst widerstehen und bitte Sie, den Antrag des Ausschusses anzunehmen.

Präsident: Das Wort wird nicht weiter verlangt. Ich schließe die Beratung. Wir stimmen ab und bitte ich die Abgeordneten, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen. — Punkt 4 der Tagesordnung ist ein

Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung, Landesverband Oldenburg, betr. Radfahrkarte.

Der Ausschuh Antrag lautet:

Der Landtag wolle über die Eingabe zur Tagesordnung übergehen.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort wird nicht verlangt. Ich darf abstimmen lassen und bitte die Abgeordneten, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Er ist angenommen. — Punkt 5 der Tagesordnung ist ein

Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung, Landesverband Oldenburg, betr. Verbot der Freimaurerlogen in Deutschland.

Der Ausschuh Antrag dazu lautet:

Der Landtag wolle über die Eingabe zur Tagesordnung übergehen.

Ich eröffne die Beratung, keine Wortmeldungen. (Abg. T a n z e n: Ich bitte um Feststellung des Stimmverhältnisses zu diesem Antrag). Es wird um Feststellung des Stimmverhältnisses zu Punkt 5 er sucht. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben und stehen zu bleiben. — Geschieht. — Der Antrag ist einstimmig angenommen. (Widerspruch). Es wird bezweifelt, ob der Antrag einstimmig angenommen ist oder gegen eine Stimme. (Abg. Lehmkuhl: Ich stimme dagegen).

Der Antrag ist also gegen eine Stimme angenommen.
— Punkt 6 ist ein

Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe der Deutschböllischen Freiheitsbewegung, Landesverband Oldenburg, betr. Behandlung der Deutschen Vorgeschichte in den Schulen.

Der Ausschuß beantragt auch hier:
Uebergang zur Tagesordnung.

Ich eröffne die Beratung. Keine Wortmeldungen. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Er ist angenommen. — Punkt 7 ist ein

Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe der Deutschböllischen Freiheitsbewegung, Landesverband Oldenburg, betr. Pflichtvorlesungen an der pädagogischen Akademie.

Der Ausschußantrag lautet:

Die Eingabe ist durch die Erklärung des Regierungsvertreters erledigt.

Das soll also heißen:

Der Landtag wolle die Eingabe durch die Erklärung des Regierungsvertreters für erledigt erklären.

Ich eröffne die Beratung. Keine Wortmeldungen. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Er ist angenommen. — Es kommt jetzt Punkt 8:

Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe der Deutschböllischen Freiheitsbewegung, Landesverband Oldenburg, betr. Einführung der sogenannten Psychologischen Fibel.

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort dem Herrn Berichterstatter Abg. Dr. Kohnen.

Abg. Dr. **Kohnen**: Ich muß eine Berichtigung vornehmen. Im Bericht muß der zweite Absatz des 5. Satzes gestrichen werden: „und hat den Landeslehrerverein mit der Herausgabe der alten oldenburgischen Fibel im neuen Gewande beauftragt.“ Dieser zweite Absatz muß gestrichen werden. Ich habe ein berichtigtes Exemplar der Registratur übergeben.

Präsident: Wir stimmen ab. Ich bitte die Abgeordneten, die den Ausschußantrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Er ist angenommen. — Punkt 9 ist die

Wahl von 2 Mitgliedern und Stellvertretern der Rentenfeststellungskommission.

Es scheiden aus die Mitglieder: Landwirt Richard Ulbers zu Havendorferlande, Landwirt Robert Tanzen zu Rodenkirchen und die Stellvertreter: Landwirt Heinrich Kathmann zu Bockhorn, Kolonist Franz Ketzki zu Nikolausdorf. — Ich frage den Landtag, ob er nach Stimmzettel oder durch Zurf abstimmen will. (Zurf). Dann bitte ich um Vorschläge: Zurf: (Wiederwahl). Es wird Wiederwahl vorgeschlagen: Werden noch andere Vorschläge gemacht? Das ist

nicht der Fall. Dann bitte ich die Abgeordneten, die die Wiederwahl der sämtlichen Herren vornehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Sie sind wiedergewählt. — Punkt 10 ist die

Wahl eines Mitgliedes des Oberverwaltungsgerichts. Erziehung für die laufende Wahlperiode.

Ich darf wohl annehmen, daß auch hier durch Zurf abgestimmt werden soll. (Zawohl). Es erfolgt kein Widerspruch. Ich bitte um Vorschläge. Das Wort hat Herr Abg. Wempe.

Abg. **Wempe**: Ich schlage vor, den Abg. Schmidt zu wählen.

Präsident: Werden andere Vorschläge gemacht? Das ist nicht der Fall! Dann bitte ich die Abgeordneten, die den Vorgeschlagenen wählen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Er ist gewählt. — Punkt 11 der Tagesordnung ist die

Wahl von 7 ehrenamtlichen Mitgliedern des Oberbewertungsausschusses beim Landesfinanzamt Oldenburg.

Das Wort hat zur Geschäftsordnung Herr Abg. Bortfeldt.

Abg. **Bortfeldt**: Ich möchte den Antrag stellen, daß dieser Punkt auf den letzten Punkt der Tagesordnung verschoben wird.

Präsident: Es wird beantragt, den Punkt zurückzustellen. Widerspruch erfolgt nicht. Dann ist das damit geschehen. — Punkt 12 ist:

Wahl eines Mitgliedes der Hauptversammlung für die staatlichen Finanzanstalten für die Amtsdauer bis zum 10. Juli 1929.

Ich darf auch hier annehmen, daß durch Zurf gewählt werden soll, und bitte um Vorschläge. Das Wort hat Herr Abg. Bortfeldt.

Abg. **Bortfeldt**: Ich beantrage die Wahl des Direktors Dinklage von der Glashütte.

Präsident: Es wird vorgeschlagen Herr Direktor Dinklage von der Glashütte. Der genaue Name wird wohl eben zu Protokoll gegeben. (Zurf: E. Dinklage). Werden andere Vorschläge gemacht? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich die Abgeordneten, die diesen Herrn wählen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Er ist gewählt. — Punkt 13 ist ein

Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe des Landesverbandes Oldenburgischer Lehrerinnen betr. Altersrente für Privat- und Hauslehrerinnen.

Der Ausschuß beantragt dazu:

Der Landtag wolle über die Eingabe zur Tagesordnung übergehen.

Ich eröffne die Beratung. Keine Wortmeldungen. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Er ist angenommen. — Punkt 14 der Tagesordnung ist ein

Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe der Kolonisten B. Wille-Kunnebaum, R. Kühling, Anton

v. Höben, Jof. Willenbrink und B. Wessels aus Falkenberg, betr. Ermäßigung der geforderten Naturalrente.

Der Ausschuß beantragt dazu:

Der Landtag wolle über die Eingabe zur Tagesordnung übergehen.

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort Herrn Abg. Fröhle.

Abg. **Fröhle:** Meine Herren! Vielleicht darf ich in diesem Zusammenhange darauf hinweisen, daß sich die Kolonisten in einer schwierigen Lage befinden. Es ist unbedingt erforderlich, daß wir, wenn die Verhältnisse es erlauben, möglichst schnell zu einer Goldmarkrente kommen. Es ist dieses das Bestreben der Kolonisten, weil sie die Wirkung der heutigen Regelung nicht klar übersehen können.

Aus Kolonistenkreisen ist mir mitgeteilt worden, daß vom Siedlungsamt in einzelnen Fällen gedrängt wird auf den Abschluß von Verträgen. Gleichzeitig soll den Kolonisten gesagt worden sein, wenn sie die Verträge nicht unterschrieben, dann würden verschiedene Vergünstigungen, Zinsbeihilfen, Kultivierungsbeihilfen usw. unbedingt in Wegfall kommen müssen. Ich halte das nicht für richtig, sondern bin vielmehr der Meinung, daß der Abschluß dieser Verträge nicht in einem Schnellzugstempo zu geschehen braucht. Wenn in diesem Jahre wegen der Unübersichtlichkeit der von den Kolonisten zu tragenden Lasten ein Vertragsabschluß nicht möglich ist, möchte ich doch dringend bitten, den Kolonisten entgegenzukommen. Die Kolonisten befürchten im Ernst, daß die Lasten, die die neuen Verträge bringen, für sie nicht tragbar sind. Deshalb sollte man die Unterschrift jetzt nicht von ihnen verlangen, sondern etwas mehr Entgegenkommen zeigen und allen Ernstes prüfen, ob nicht so lange zu warten ist, bis die Kolonisten klarer sehen und die Regierung in der Lage ist, die Goldmarkrente einzuführen. Es ist doch so, daß die Kolonisten nicht weglauen können. Ich halte es für erforderlich, daß man den Kolonisten überhaupt im allgemeinen entgegenkommt, denn sie haben wirklich ein schweres Dach über dem Kopfe. Ich weiß nicht, ob es richtig ist, wie mir mitgeteilt ist, daß einige Kolonisten mit 8—10 *M* pro Scheffelsaat Land belastet sind. Ich habe die Zahlen, die mir gestern abend mitgeteilt sind, noch nicht nachprüfen können, behalte mir das jedoch vor. Wenn dem so ist, dann ist ein Entgegenkommen unbedingt erforderlich und besonders muß es dann vermieden werden, daß die neuen Verträge in einem Schnellzugstempo abgeschlossen werden.

Präsident: Das Wort ist nicht weiter verlangt. Ich schließe die Beratung und bitte die Abgeordneten, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

15. Gegenstand ist der

Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe des Rechtsanwalts Christians, betr. Beihilfe zur Abtragung

eines dem Landwirt Böhning seitens der Staatlichen Kreditanstalt gewährten Roggendarlehn.

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle die Eingabe der Regierung zur Prüfung überweisen.

Ich eröffne die Beratung zu dem Antrage des Ausschusses und zu der Eingabe. Das Wort wird nicht verlangt. Ich schließe die Beratung und bitte die Abgeordneten, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

16. Gegenstand ist der

Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe des Bautechnikers und Geschäftsführers Emil Köd in Gutin, betr. Tilgung eines seitens der Staatlichen Kreditanstalt gewährten Roggendarlehn.

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle die Eingabe der Staatsregierung zur Prüfung überweisen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu der Eingabe. Das Wort wird nicht verlangt. Ich schließe die Beratung und bitte die Abgeordneten, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

17. Gegenstand ist der

Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe des Bahameisters Heinrich Groth in Bad Schwartau, betr. Tilgung eines seitens der Staatlichen Kreditanstalt gewährten Roggendarlehn.

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle die Eingabe der Staatsregierung zur Prüfung überweisen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu der Eingabe. Das Wort hat Herr Abg. Albers.

Abg. **Albers:** Bei den letzten Eingaben handelt es sich um dieselbe Angelegenheit. In den Berichten ist zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung prüfen möge, ob nicht in irgend einer Weise eine Erleichterung der Darlehnsnehmer eintreten kann. Ich möchte die Regierung fragen, ob schon etwas vorbereitet ist, um eine Erleichterung der Lage der Roggendarlehnnehmer eintreten zu lassen. Ich stelle diese Frage, nachdem in auswärtigen Zeitungen Andeutungen darüber erschienen sind, in welcher Weise hier vielleicht eine Erleichterung eintreten könnte.

Präsident: Das Wort hat Herr Finanzminister Dr. Willers.

Finanzminister Dr. **Willers:** Es ist richtig, daß ein Teil der Roggendarlehnsschuldner, denen die Darlehn von 1923—1925 gegeben sind, in eine starke Bedrängnis hineingeraten ist. Um die Berechtigung der Anträge der Petenten würdigen zu können, muß man versuchen, sich in die damalige Lage hineinzuversetzen. Es galt damals, dem langfristigen Kreditbedürfnis in der Inflationszeit Rechnung zu tragen.



Diesem Bedürfnis hat unsere Staatsbank damals Rechnung getragen, indem sie die Roggenanweisungen schuf und damit gleichzeitig in ähnlicher Weise mit vielen anderen Stellen im Reiche vorging. Die Staatsbank ist bei der ganzen Aktion lediglich Vermittlerin gewesen, sie hat an den mehr oder weniger großen Kursschwankungen in keiner Weise gewinnbringend teilgenommen; sie muß deshalb auch von jedem Verlustrisiko ausgeschaltet werden. Die einzelnen Darlehnsuchenden sind von der Staatsbank stets über die gesamte Aktion belehrt worden. Mancher Darlehnsucher hat auch große Vorteile und Gewinne von der Aktion gehabt. Von den Gesamtdarlehen, die ausgegeben sind, sind etwa $\frac{2}{3}$ zurückgezahlt, $\frac{1}{3}$ ist noch rückständig. (Zuruf Tanzen: Doch nur Roggenanweisungen.) Es handelt sich nur um die Roggenanweisungen. Zu beachten ist dabei, daß die Darlehen zinslos gegeben worden sind, und daß der Schuldner, wenn er sich anders beholfen hätte, lange Zeit 24% und darüber Zinsen hätte zahlen müssen, sodaß er auch dadurch in eine Bedrängnis geraten wäre. Die Staatsbank ist bereit, die Roggenanweisungen umzuwandeln in langfristige Schuldverschreibungen. Ob dabei der 6%ige oder der 7%ige Typ gewählt wird, steht noch dahin. Die Bedingungen für die langfristigen Schuldverschreibungen können heute noch nicht mitgeteilt werden. Sie werden festgestellt nach der Marktlage in den nächsten Wochen und Monaten. Außerdem ist die Staatsbank bereit, Erleichterungen zu gewähren bei der Umwandlung der Roggenanweisungen in Goldmarkdarlehen. Darüber hinaus, meine Herren, ist weder der Staat noch die Staatsbank in der Lage, zu helfen. Beide befinden sich in einer Notlage und können nicht helfen, abgesehen davon, daß auch grundsätzliche Erwägungen zur Verneinung führen müßten. Dem Vernehmen nach sind beim Reich Bestrebungen im Gange, den Roggenanweisungsschuldnern von reichswegen in irgend einer Weise zu helfen. Der Stand der Bestrebungen ist hier nicht bekannt. Wir werden die Angelegenheit mit Interesse weiter verfolgen, können aber im Augenblick keine Stellung dazu nehmen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Tanzen.

Abg. Tanzen: Ich will nur wenige Worte sagen, da wir die ganze Materie beim Antrage Deltjen noch beraten werden. Ich möchte eins fragen, der Herr Minister kann mir vielleicht gleich beantworten. Er sagt, $\frac{1}{3}$ der Roggenanweisungen sind nicht zurückgezahlt. Das sind doch etwa 1 000 000 *M*? An Roggenanweisungen sind im Ganzen doch nur 3 000 000 *M* ausgegeben worden? Vielleicht kann ich es, wenn die Frage jetzt nicht beantwortet werden kann, im Laufe des Vormittags noch erfahren.

Ich bin der Meinung, daß in einer Beziehung den Empfängern des Geldes in Form der Roggenanweisungen nicht Gerechtigkeit widerfahren ist, denn man hat s. Bt. den Zoll nicht gekannt. Der Zoll beträgt 50 *M* die Tonne. Der ist nachträglich durch das Reich und die Länder eingeführt worden. Das

sind auf die über 3 Zentner lautende Roggenanweisung 7.50 *M*. Sie sind nachträglich künstlich darauf gelegt und diese 7.50 *M* müssen die Empfänger m. E. nicht zurückzahlen. Das wäre gerecht. (Zuruf Danneemann.) Der Roggen ist genau 7.50 *M* teurer als auf dem Weltmarkt und zwar infolge des Einfuhrschleiss. Nur irgend welche Entstellung kann es anders darstellen. Dann bin ich nicht der Meinung, daß man die Sache über einen Kamm scheren soll und sagen: Dieses ist grundsätzlich die Einstellung der Staatsbank und der Staatsregierung, sondern man muß von Fall zu Fall prüfen, und man wird in einer Anzahl von Fällen entgegenkommen müssen und zwar deshalb, weil sonst eine Notlage, ja, direkt Konkurse bei denjenigen entstehen, die sich in der schwersten Situation befinden. Nicht allgemeine Schematisierung, sondern Prüfung von Fall zu Fall und Entgegenkommen, sei es aus Mitteln der Staatsbank oder des Staates, ist notwendig. Ich will darüber nicht weiter sprechen, weil es beim Antrag Deltjen zur Sprache kommt.

Präsident: Das Wort ist nicht weiter verlangt. Ich schließe die Beratung und bitte die Abgeordneten, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht — Der Antrag ist angenommen.

18. Gegenstand ist der

Bericht des Ausschusses 1 zu der Eingabe des Hilfsschulverbandes Oldenburg, betr. Aufstellung eines Hilfsschulgesetzes und Einstufung der Hilfsschullehrer in die Gehaltsgruppe 8, 9 und 10.

Der Ausschuss beantragt:

Die Eingabe wird der Regierung als Material überwiesen.

Ich eröffne die Beratung zu dem Antrage des Ausschusses und zu der Eingabe und gebe das Wort dem Berichterstatter, Dr. Kohnen.

Abg. Dr. Kohnen: Namens des Ausschusses 1 stelle ich den Antrag, diesen Punkt 18 von der Tagesordnung abzusetzen. Der ganze Komplex der Beamtenfragen, einer ganzen Reihe von Eingaben, die bereits vorliegen, muß im Ausschuss nochmals an der Hand wieder aufgerollt werden. Wir haben im Anschluß an den Antrag Hartong und den Etat verschiedene Fragen an die Regierung gerichtet, die noch nicht beantwortet sind. Auf die Beantwortung der Fragen müssen wir warten, ehe wir auch diese Eingabe erledigen können. Deshalb bitte ich, diesen Antrag heute abzusetzen.

Präsident: Ich nehme an, daß der Landtag mit der Absetzung einverstanden ist.

19. Gegenstand ist der

Bericht des Ausschusses 1 zu der Eingabe des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, Landesverband Nordwestdeutschland, betr. Berufsausbildung und Sicherung des Gesundheitszustandes der Kriegerwaisen und Kinder der Kriegsbeschädigten.

Der Ausschuß beantragt:

Die Eingabe wird der Regierung zur Prüfung überwiesen.

Ich eröffne die Beratung zu dem Antrage des Ausschusses und zu der Eingabe und gebe das Wort dem Berichterstatter Dr. Kohnen.

Abg. Dr. **Kohnen**: Meine Herren! Es mag verwunderlich erscheinen, daß wir zu einem Prüfungsantrage gekommen sind. Dieselbe Materie hat schon einmal den Landtag beschäftigt, nämlich im Vorjahre. Nun ist ein neues Moment hinzugekommen. Der Ausschuß richtet nämlich am Schluß des Berichts an die Regierung die Bitte, in Berlin dafür einzutreten, daß der Wunsch der beinamputierten Kriegsbeschädigten auf kostenlose Beförderung ihres Fahrrades durch die Reichsbahngesellschaft berücksichtigt wird. Diese Kriegsbeschädigten haben nicht das Recht, ihre Räder mitzunehmen, wenn sie die Eisenbahn benutzen, daß sie dort, wo sie aussteigen, darauf angewiesen sind, einen Wagen zu nehmen. Die Wünsche derartiger Kriegsbeschädigter auf Benutzung der 3. Wagenklasse sind ja erfüllt worden. Die Kriegsbeschädigten brauchen nur eine Fahrkarte 4. Klasse und können damit die 3. Klasse benutzen. Das ist nur ein Teil der berechtigten Wünsche, die die Schwerekriegsbeschädigten haben.

Dazu kommt dieser Wunsch, den wir heute in diesem Bericht aufgenommen haben. Ich bitte nochmals die Regierung, in Berlin dafür einzutreten, daß dieser Wunsch erfüllt wird.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Sante.

Abg. **Sante**: In dem Bericht ist zum Ausdruck gebracht, daß für die Kinder der Kriegsbeschädigten und Gefallenen in jeder Weise gesorgt werden muß, soweit der Staat nur dazu in der Lage ist. Ich glaube auch, daß die Berufsausbildung der Kinder gerade heute ganz besondere Schwierigkeiten macht. Man kann wohl allgemein von einer Lehrstellennot sprechen, aber diese Not muß in besonderer Weise auf die wirken, die keinen Erwerb oder wenig Erwerb haben, und diejenigen die ihren Mann im Kriege verloren haben. Darum ist sehr zu wünschen, daß die Fürsorgeverbände möglichst viel tun, um den Wünschen der Kriegerhinterbliebenen auf diesem Gebiete entgegenzukommen.

Daß der Staat selbst für diesen Zweck keine Mittel zur Verfügung stellen kann, ist im Vorjahre und jetzt wieder zum Ausdruck gebracht. Mir ist von einer Spitzenorganisation bekannt geworden, daß in Berlin bei den zuständigen Stellen die Absicht besteht, einen Betrag von 50 000 000 *M* auf die Länder zu verteilen mit der Zweckbestimmung, diese Beträge für die Berufsausbildung der Kinder der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen zu verausgaben. Ich möchte die Regierung bitten, zu prüfen, ob das richtig ist. Wenn das nicht der Fall sein sollte, wäre ich dankbar, wenn die Vertretung in Berlin in diesem Sinne, für die Kriegsbeschädigten eintreten würde.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und bitte die Abge-

ordneten, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

20. Gegenstand ist der

Bericht des Ausschusses 1 zur Eingabe der Gemeinde Waddens wegen des Gehalts des Gemeindevorstehers.

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle über die Eingabe zur Tagesordnung übergehen.

Ich eröffne die Beratung zu dem Antrage des Ausschusses und zu der Eingabe. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und bitte die Abgeordneten, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

21. Gegenstand ist der

Bericht des Ausschusses 1 zu der Eingabe des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, betr. Herabsetzung des Zinsfußes der Haussteuerhypotheken.

Der Ausschuß beantragt:

Die Regierung wolle prüfen, ob von den im Haushaltplan vorgesehenen 2 Millionen *M* eine bestimmte Summe zu ermäßigtem Zinsfuß den Schwerekriegsbeschädigten und kinderreichen Familien zur Verfügung gestellt werden könne.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu der Eingabe. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und bitte die Abgeordneten, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

22. Gegenstand ist der

Bericht des Ausschusses 1 über die Eingaben der Gemeindevorsteher des Landesteils Lübeck und der Gutiner Baugemeinschaft, betr. Herabsetzung der Zinsätze für Hauszinssteuerhypotheken im Landesteil Lübeck.

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung möge prüfen, ob nicht mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse im Landesteil Lübeck eine Ermäßigung der Zinsätze aus Hauszinssteuerhypotheken für bedürftige kinderreiche Familien, für Kleinwohnungen sowie für Kriegsbeschädigte möglich ist.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und gebe das Wort dem Berichterstatter, Herrn Abg. Broschko.

Abg. **Broschko**: Meine Herren! Es ist der Wunsch der gesamten Bevölkerung im Landesteil Lübeck, daß die Zinsätze herabgesetzt werden. Der Landesausschuß hat dieses in seiner Sitzung befürwortet. Er hat ebenfalls einstimmig den Wunsch geäußert, daß im Landesteil Lübeck eine Ausnahme eintreten möchte, und die Zinsätze herabgesetzt werden. Die Bevölkerung versteht es nicht, daß sie 5% Zinsen und 1%

Abtrag zahlen soll, während in der Stadt Lübeck nur 1—2% gefordert werden.

Das Baugewerbe, welches in unserem Landesteil die Hauptindustrie darstellt, liegt vollständig darnieder. Dabei ist die Baulust unter den Arbeitern und kleinen Handwerkern außerordentlich groß, aber bei der Belastung wagen es die Leute nicht, sich ein Haus zu bauen. Auch sind die Häuser, die bei uns gebaut werden, erheblich teurer als in Oldenburg. Daraus ist es zu erklären, daß bei uns weniger gebaut wird als in Oldenburg. Die finanzielle Mehrbelastung für den Landesteil ist bei der Herabsetzung der Zinsen ganz ohne Bedeutung. Daher bitten wir im Interesse unserer Bevölkerung den Landtag und die Staatsregierung dringend, unseren Wünschen in dieser Beziehung Rechnung zu tragen.

Im Uebrigen werde ich mir vorbehalten bei der Beratung des Haushalts für den Landesteil Lübeck auf die Sache zurückzukommen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Tanzen.

Abg. **Tanzen:** Der Herr Vorredner sagt, es wäre angebracht, für Lübeck eine Ausnahme zu machen. Ich bin der Meinung, daß eine Ausnahme für Lübeck mit der Begründung, die er gegeben hat, nicht gemacht werden kann. Ich bin aber der Ansicht, daß überall der Zinsfuß für Hauszinssteuerhypotheken herabzusetzen ist, denn die Begründung, die für Lübeck gegeben ist, gilt auch für Oldenburg. Wir sind auch in ganz Oldenburg nichts anderes als Grenzland und wissen, daß in Preußen für 1—2% die Darlehn gegeben werden. Wir werden auch mit unseren Zinsen für diese Darlehn aus der Hauszinssteuer von 5% plus 1%, gleich 6%, herunter müssen. Wir behalten es vor, zum Haushaltsplan entsprechende Anträge zu stellen. Damit habe ich nicht gesagt, daß wir auf den Satz von Preußen herunter müssen, aber wir müssen unter 6% herunter. Der Satz ist nicht mehr tragbar, die Mieten werden zu hoch, die Baulust nicht genügend angeregt.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Dohm.

Abg. **Dohm:** Ich habe nichts gegen den Beschluß des Ausschusses, aber ich möchte doch das Ministerium bitten, in jedem Falle sorgfältig zu prüfen, ob diese Verbilligung allgemein gewährt werden kann. Ich kann die Bedenken nicht ganz zurückstellen, daß, wenn der Zinsfuß heruntergesetzt wird, dann die Folge sein könnte, daß diese verbilligten Darlehn ganz verallgemeinert oder verewigt würden. Das scheint nicht der Zweck zu sein. Dann liegen die Verhältnisse im Landesteil Lübeck etwas ungünstig für uns, weil wir die Erfahrung gemacht haben, daß wohl der größte Teil derjenigen, die bei uns auf Baudarlehn rechnen, in Lübeck beschäftigt ist, aber bei uns wohnt. Wenn ohne besondere Prüfung diese verbilligten Darlehn gewährt werden, dann könnte es so kommen, daß Leute, die in Lübeck beschäftigt sind, in unseren Landesteil gehen und mit unseren billigen Geldern sich

Wohnungen bauen. Dann kommt Lübeck in den Genuß der Sache und wir haben die Lasten. Das scheint nicht der Zweck zu sein. Ich habe nichts dagegen, daß das geprüft wird, aber es muß mit unserem Gelde für unsere Leute gebaut werden. Wir wollen nicht für die Stadt Lübeck billige Wohnungen schaffen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Fick.

Abg. **Fick:** Was Herr Dohm angeführt hat, das zeugt von einer Unkenntnis der Verhältnisse. Kein Lübecker Arbeiter hat jemals Darlehn von uns erhalten. Seit einer Reihe von Jahren, wo wir vom Landesauschuß die Darlehn vergeben, ist jeder Fall einzeln geprüft worden. Auch heute werden die Verhältnisse genau geprüft und da kommt kein Lübecker Arbeiter in Betracht. Im Gegenteil, der Lübecker Staat ist viel humaner. Wenn Arbeiter von uns in Lübeck hineingekommen sind, hat man nicht gesagt: „Du kommst aus dem Landesteil Lübeck, Du darfst das Geld nicht haben.“ Man sollte den Leuten ohne weiteres das Darlehn geben. Wenn die Arbeiter, die dort in der Stadt Lübeck arbeiten, angewiesen wären auf den oldenburgischen Staat, dann wären sie schon verhungert. Wir wären nicht in der Lage gewesen, diese Tausende von Arbeitern unterzubringen, deswegen verurteile ich, daß man in dieser Weise kleinlich sein will.

Ich möchte das Ministerium dringend bitten, zu beherzigen, was mein Freund Broschko gesagt hat. Wir erwarten, daß das Ministerium diese Angelegenheit prüft. Wenn man in Oldenburg daselbe haben will, dann ist das das gute Recht des Oldenburger Landes, aber wir sind der Meinung, daß die Verhältnisse für uns schwieriger liegen. Baumaterialien sind bei uns doppelt so teuer als hier. Wir haben Arbeiter, die bei einem Häuschen von 10000 Rm. eine Belastung von 800 Rm. tragen müssen. Die Leute arbeiten, Mann und Frau, von früh bis spät, und sie können es nicht halten, haben aber doch den guten Willen, es zu halten. Da sollte man entgegen kommen, denn die Leute wissen doch, daß es geht, sie sehen es in Lübeck. Im übrigen muß ich sagen, daß ich es nicht für richtig halte, daß der Staat sich in Form der Hauszinssteuerdarlehn bereichert. Die Hauszinssteuer muß der Bevölkerung zugute kommen durch billige Baudarlehn.

Präsident: Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Finanzminister Dr. **Willers:** Die Staatsregierung steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß es wünschenswert ist, daß die Grundsätze, welche für die 3 Landesteile einheitlich aufgestellt sind, möglichst unberührt bleiben. Die finanzielle Lage der einzelnen Landesteile zueinander hat sich jedoch im letzten Jahre nicht unwesentlich verschoben, sodaß heute die Staatsregierung sagen muß, daß sie sich gegen eine Aenderung dieses Grundsatzes nicht unbedingt stellen kann. Daß aber nicht geringe Bedenken vorhanden sind, möchte



ich dennoch betonen. Ich möchte bitten, wie beantragt, den Antrag zur Prüfung zu überweisen. Die Staatsregierung wird den örtlichen Verhältnissen Rechnung tragen.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht weiter vor. Ich schließe die Beratung und bitte die Abgeordneten, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht — Der Antrag ist angenommen.

23. Gegenstand ist der

Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe des Wilhelm Holst in Nordenham und zwei weitere Unterschriften.

Der Ausschuss beantragt:

Uebergang zur Tagesordnung.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu der Eingabe. Das Wort wird nicht verlangt. Ich schließe die Beratung und bitte die Abgeordneten, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht — Der Antrag ist angenommen.

24. Gegenstand ist der

Bericht des Ausschusses 1 über die Eingabe des Heinrich Robben & Co. in Haselünne.

Der Ausschuss beantragt:

Uebergang zur Tagesordnung.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu der Eingabe. Das Wort wird nicht verlangt. Ich schließe die Beratung und bitte die Abgeordneten, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht — Der Antrag ist angenommen.

25. Gegenstand ist der

Bericht des Ausschusses 1 über den selbständigen Antrag des Abg. Nieberg.

Ein Teil des Ausschusses beantragt im Antrage 1:
Annahme des Antrages des Abgeordneten Nieberg.

Ein anderer Teil beantragt im Antrage 2:

Ablehnung des Antrages des Abg. Nieberg.

Ich eröffne die Beratung zu diesen beiden Anträgen und zu dem Antrage des Abg. Nieberg. Ich gebe das Wort dem Antragssteller und Berichterstatter, Herrn Abg. Nieberg.

Abg. Nieberg: Meine Herren! Der von mir gestellte Antrag bedarf nach meiner Ansicht im Plenum eigentlich nicht mehr einer längeren Begründung. Der Antrag will erreichen, daß das Unrecht beseitigt wird, welches z. Bt. darin besteht, daß diejenigen Einkommensteuerepflichtigen, die über wechselndes Einkommen in verschiedenen Jahren verfügen, unter Umständen wesentlich mehr Einkommensteuer zahlen müssen, als diejenigen, die das gleiche Einkommen in verschiedenen Jahren haben. Mein Antrag will lediglich dieses bestehende Unrecht beseitigen, ohne dabei irgend welche Vorteile für diesen oder jenen Berufs-

stand herauszuholen. Ich hatte gehofft, daß mein Antrag aus diesen Erwägungen und Gründen heraus im Ausschuss einmütige Annahme finden würde und hoffe auch jetzt noch, daß die, die im Ausschuss gegen meinen Antrag gestimmt haben, im Plenum ihre Stellung revidieren und für meinen Antrag stimmen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Hug.

Abg. Hug: Meine Herren! Ich bin leider nicht in der Lage, der Aufforderung, die eben an mich gerichtet worden ist, zu entsprechen. Ich halte den Antrag Nieberg für geeignet, die Progression, die in die Erzbergerische Steuerreform hineingekommen ist, auszumerzen und zu zerstören. Da gerade an diesem Steuersystem innerhalb dieses Hauses, außerhalb dessen und im Reichstag fortgesetzt gerüttelt wird und bezeichnenderweise der jetzige Reichsfinanzminister feierlich erklärt hat dieser Tage, daß es ganz ausgeschlossen sei, daß an diesem Steuersystem gerüttelt werden dürfe, so sind meine Freunde und ich der Ansicht, es darf durch den Antrag Nieberg auch hier nicht der Anfang dazu gemacht werden.

Meine Herren! Wenn man aufmerksam die Begründung des Herrn Kollegen Nieberg zu seinem Antrage liest, dann ist meine ablehnende Haltung außerordentlich gut begründet; denn einen Gegensatz herauszuschälen zwischen der Besteuerung von Beamten und von freien Gewerben geht gar nicht. Gesetzlich anerkannt werden darf er nicht. Es ist das Ziel der Steuergesetzgebung und des progressiven Systems, jedes Einkommen entsprechend zu besteuern. Bei der Verteilung aber auf 3 Jahre, der Wertung nach dem Durchschnitt von 3 Jahren, wird unter allen Umständen — und ich habe das auch in der Praxis erfahren — wird eine Verwässerung, eine Auseinanderziehung, stattfinden. Eine solche Entwicklung unserer Steuergesetzgebung aber können wir nicht mitmachen, und ich muß daher nach wie vor bei meiner ablehnenden Haltung bleiben.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Nieberg.

Abg. Nieberg: Ganz kurz nur noch. Es liegt mir selbstverständlich fern, einen Gegensatz zwischen den einzelnen Berufsgruppen herbeizuführen. Ich habe lediglich an einem Beispiel klar zu machen versucht im Bericht, daß derjenige, der in 3 Jahren ein Einkommen von 24000 M hat, die sich aber nicht auf diese 3 Jahre gleichmäßig verteilen, wesentlich mehr an Einkommensteuer bezahlen muß, als derjenige, bei dem sich dasselbe Einkommen gleichmäßig mit je 8000 M auf je drei Jahre verteilt, und es besteht doch wirklich kein Grund, diejenigen, die über verschiedene Einkommen verfügen, schlechter zu stellen als diejenigen, die in der glücklichen Lage sind, über gleichbleibende Einkommen verfügen zu können. (Sehr richtig! rechts).

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Hug.

Abg. Hug: Nur ein Wort. Die Beamten sind aber auch nicht in der glücklichen Lage, durch irgend-

welche Gewinne zu irgend einer Zeit ihr Einkommen erhöhen zu können. (Zuruf rechts: Die Gewinne werden ja auch versteuert).

Präsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Antrag 2 auf Ablehnung geht vor. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag Nieberg ablehnen wollen, sich zu erheben und stehen zu bleiben. — Geschicht. — Das ist eine Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt. Ich bitte jetzt die Abgeordneten, die den Antrag 1 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Er ist angenommen. — Punkt 26 ist der

Bericht des Ausschusses 1 zu dem selbständigen Antrag des Abg. Tanzen.

Es liegt dazu ein Verbesserungsantrag des Herrn Abg. Nieberg vor, der im Bericht im Text auf der ersten Seite unten enthalten ist. Der Ausschuss beantragt im Antrag 1, von einem Teil gestellt:

Annahme des selbständigen Antrages des Abg. Tanzen mit der obengenannten Aenderung.

Der Antrag 2 muß wohl heißen:

Ablehnung des selbständigen Antrages des Abg. Tanzen und Annahme des Abänderungsantrages des Abgeordneten Nieberg.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, die obengenannte Aenderung eben zu präzisieren. Das Wort hat Herr Abg. Göhrs.

Abg. **Göhrs:** Ich werde eine Berichtigung in der Registratur niederlegen.

Präsident: Ich stelle die beiden Anträge zur Beratung. Es ist mir dann noch ein Verbesserungsantrag des Abg. Meyer (Holte) überreicht folgenden Wortlauts:

Ich beantrage, den selbständigen Antrag Tanzen durch die Ausführungen der Staatsregierung im Ausschuss für erledigt zu erklären.

Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich stelle ihn mit zur Beratung. Das Wort hat Herr Abgeordneter Tanzen.

Abg. **Tanzen:** Meine Herren! Am 30. März laufen die Bestimmungen über die vorläufige Zollregelung für Getreide und Futtermittel ab, am 30. Juni läuft der sog. kleine Zolltarif ab. Es muß also, wenn die Bestimmungen des schwedischen Handelsvertrages in Kraft treten, vom 1. April bis 30. Juni eine vorläufige Zollregelung erfolgen und bis zum 30. Juni ein neuer Zolltarif zur Annahme gebracht werden. Wir sind also in einer ganz ungeheuer kritischen Periode in bezug auf diese Fragen.

Wir sind der Meinung, daß die Zölle auf Futtermittel — und dazu gehören Gerste und Mais — möglichst niedrig gehalten werden müssen und zwar nicht nur deshalb, weil wir in Oldenburg eine große Menge dieser Futtermittel zukaufen, sondern weil in ganz Deutschland dadurch die Veredelungsarbeit in der Landwirtschaft erleichtert und vermehrt wird, die Erzeugung tierischer Produkte gefördert wird. Es hat diese Bewe-

gung die Bedeutung der billigen Futtermittel, der billigen Gerste vor allen Dingen und auch des Mais, die hat Ende der 70., Anfang der 80. Jahre begonnen zu wirken. Ich will Ihnen eine Zahl nennen, die außerordentlich interessant ist. Von 1880—1913, also bis Kriegsausbruch, ist in Deutschland eine Steigerung der Produktion aller Getreidearten von 100 auf 223% eingetreten, eine Erhöhung der Kartoffelernte sogar von 100 auf 279%. Die Anbaufläche von Kartoffeln und Getreide wuchs dagegen nur um 25%, d. h. also, der Acker trug soviel mehr. In der gleichen Zeit wuchs aber die Bevölkerung nur von 100 auf 151% und trotzdem stieg ungeheuer die Einfuhr von Rohstoffen in derselben Zeit, wie ich sie bezeichnen möchte, also Futtermittel, Gerste und Mais. Die Bevölkerung wuchs relativ wenig im Verhältnis des Anbaues von Kartoffeln und Getreide und trotzdem stieg auch noch die Einfuhr. Das ist erklärlich damit, daß in dieser Zeit die Kaufkraft der Bevölkerung so ungeheuer stieg in Deutschland, die Industrie und der Handel gewaltig emporblühten und deshalb mehr tierische Produkte gekauft werden konnten. So konnte sich in dieser Zeit die Fleischnahrung des Menschen vermehren und zwar von 29 kg im Jahre 1880 auf 54 kg im Jahre 1913 und dementsprechend hat sich auch der Verbrauch an Butter, Eier und Milch vermehrt. Die Kaufkraft der Bevölkerung ist der Kernpunkt für den produzierenden Bauer. Haben wir keine Kaufkraft, dann kann er auch nichts für seine Produkte bekommen; das sehen wir hier mit aller Deutlichkeit. In derselben Zeit aber stieg nun nicht nur die Einfuhr von Rohstoffen, der Mehrimport gegenüber 1880 von Gerste, Hafer, Mais, Delfuchen, um 6,6 Millionen t, das ist mehr eingeführt, trotzdem in derselben Zeit die Erzeugung auch ungeheuer stieg in Deutschland und die Bevölkerungszahl relativ wenig zunahm, sondern außerdem wurden noch eingeführt 1913 für 600 Millionen *M* tierische Erzeugnisse. Zusammen mit der Einfuhr der Futtermittel betrug die Einfuhr 1913 einen Wert von 1,45 Milliarden *M*. Diese enorme Entwicklung, begründet in der Steigerung der Kaufkraft der industriellen Bevölkerung, der konsumierenden Bevölkerung, ist im weitgehenden Maße auch der bäuerlichen Bevölkerung zugute gekommen; denn in derselben Zeit stieg auch der Preis für die einzelnen Produkte, die der Bauer erzeugt.

Nun geht die Meinungsverschiedenheit ja dahin, daß einmal die deutsche Landwirtschaft sagt, wir müssen den lückenlosen Zolltarif haben, wir müssen auch für Futtermittel dieselben oder ähnlich hohe Zölle haben. Dieser Teil geht davon aus, daß das Wichtigste die Erzeugung des Rohstoffes ist, also von Roggen, Weizen und Mais usw. und das weniger Wichtige die aus den Rohstoffen hergestellten tierischen Produkte, während wir der Meinung sind, daß die Hauptarbeit auf dem Lande in der Veredelung liegt, auch in der Herstellung des Rohstoffes zunächst, der Bauer hat aber dann nochmal die Arbeit, diese Rohstoffe in tierische Produkte umzusetzen. 90% aller bäuerlichen Arbeit

wird verwandt darauf, daß man die tierischen Erzeugnisse herstellt und nur ein ganz kleiner Teil wird verwandt auf die Herstellung des Brotkorns. Wenn nun von lückenlos geredet wird auf der einen Seite, so sollte man dann auch mindestens sagen, Parität, aber das ist niemals gehandhabt worden, vor dem Kriege nicht und auch jetzt nicht; denn die Zölle auf Rohstoffe, auf Brotgetreide und Futtermittel, sind relativ viel höher im Verhältnis zum Wert dieser Erzeugnisse, als die Zölle auf tierische Erzeugnisse, Butter, Eier, Schweinefleisch. Wir befürchten, daß man die Getreidezölle bestehen läßt und die Zölle auf tierische Produkte herabsetzt. Dann stiftet man in Oldenburg Schäden von Millionen an und das Land hat ungeheuerlichen Schaden davon. Ich weiß gar nicht, welches Ende das nehmen sollte.

Die Einfuhr von billigen Futtermitteln ermöglicht auch erst den Aufbau des bäuerlichen Betriebes mit dem Ziel, mehr tierische Produkte zu erzeugen als wir selbst gebrauchen, um auf dem Weltmarkt mit tierischen Produkten zu konkurrieren. Sie wissen, daß England jedes Jahr für 300 Millionen rd. an Schweineerzeugnissen einführt und auch bei den dortigen Verhältnissen gar nicht daran denken kann, die Einfuhr zu vermindern, daß Kanada und Amerika bei der Einfuhr fast ganz ausgeschlossen sind und daß wir mit einer Einfuhr nach England ein aussichtsreiches gutes Geschäft für die bäuerliche Bevölkerung ins Auge fassen müssen. Das können wir nur, wenn in Deutschland die Produktionskosten dieser Erzeugnisse nicht künstlich verteuert werden durch Zölle. Auch Zölle von 20, von 30 *M* schlagen jede Konkurrenz mit Dänemark und Holland vollständig tot. Weil wir glauben, das Ziel muß ins Auge gefaßt werden, daß die bäuerliche Bevölkerung sich vermehrt in Deutschland, und die nutzbringende Arbeit der bäuerlichen Bevölkerung mehr erzeugen kann, als wir in Deutschland selbst verzehren werden, müssen wir mit Fertigfabrikaten, Molkereibutter, Erzeugnissen aus Schweinen, Eiern, auf den Weltmarkt, zunächst nach England, und das können wir nicht, wenn wir die Konkurrenzbasis nicht haben. Ich meine, es ist doch ganz komisch, daß man im Preussischen Abgeordnetenhaus Dänenmilch trinkt und Dänenbutter ißt. Ich glaube, die Dänenmilch, ist um 20% teurer. Warum nimmt man nicht Butter von Oldenburg? Aber das ist eben die Geschichte, die Konkurrenzfähigkeit in der Qualität, die muß noch weiter entwickelt werden und dann die Konkurrenzbasis durch Beseitigung der künstlich verteuerten Rohstoffe geschaffen werden. Daß bei der Industrie genau dasselbe gilt, daß die Eisenzölle beseitigt werden müssen, dieser Zustand in der Handelsvertragspolitik, der uns nicht die Weite gibt, die wir brauchen, ist jedem, der die Zusammenhänge erkennen will, klar. Darüber ließe sich noch sehr viel sagen. Ich will nur noch hinzufügen, daß wir die Frage der Futtermittelzölle vollständig loslösen von der Zollfrage auf Brotgetreide natürlich auch losgelöst von der Frage der Zölle auf Fertigfabrikate der Landwirtschaft beurteilen. (Abg. Dannemann: Können Sie gar nicht).

Wir sind nicht der Meinung, der Freihandel müsse nun morgen eingeführt werden; der Freihandel ist unserer Meinung nach das Richtige, wenn sie alle ihn wollen. Wir können das nicht in unserer Lage ganz konsequent durchführen, aber daß der Freihandel das Ziel bleiben muß und andere Länder zur Herabsetzung ihrer Zölle angeregt werden müssen, das ist das Entscheidende. Hier kommt es auf die innere Einstellung an und nicht darauf, daß man sagt, man will von heute auf morgen alle Zölle beseitigen. Aber die Zölle auf Rohstoffe, Eisen, Gerste, Mais, auf alle anderen Futtermittel, die müssen so rasch wie möglich beseitigt werden, damit hierdurch Veredelungsarbeit gefördert wird. Vorläufig haben wir über 3 Millionen t Getreideeinfuhr und Sie wissen, was die für Oldenburg bedeutet haben, was sie heute bedeuten; Sie wissen, daß fast die gesamte oldenburgische Landwirtschaft einfach davon abhängig ist, ob sie den Rohstoff für billiges oder teures Geld hat. Heute ist die Situation schon so, der Bauer, der auch 50—60 ha hat, kann sich darauf einrichten und darf nicht seine Interessen vertreten, wie sie der preussische Junker zu vertreten verstanden hat und noch zu vertreten versteht. Ich hoffe allerdings, daß die neue Reichsregierung sich nicht darauf einstellen wird, daß die Zentrumspartei keine Zugeständnisse gemacht hat, über die die Öffentlichkeit wenigstens noch nichts erfahren hat. Dabei würden sich ja ganz neue Situationen ergeben und wir hätten abzuwarten, was kommen wird. Ich sehe da durchaus dunkel, meine Herren, wenn ich an die Zentrumspartei und ihre Politik in den letzten 3 Jahren denke, (Unruhe rechts! Abg. Fröhle: Wir lehnen Sie als Torwächter ab). Herr Fröhle, Sie werden mir schon gestatten, daß ich meine eigene Meinung über die Politik der Zentrumspartei habe. Ich will garnicht Ihr Torwächter sein, nämlich Torwächter des Zentrums zu sein, dazu ist keiner von allen berufen und befähigt; denn die kriechen doch durch Löcher, die kein Türschließer verschließen kann. (Heiterkeit).

Meine Herren, es ist nun ein Abänderungsantrag eingebracht worden, der dahin geht, meinen Antrag durch die Regierungserklärung für erledigt zu erklären. Da muß ich zunächst zu dem Bericht noch ein paar Worte sagen. Dieser Bericht kommt mir vor wie so eine Zangengeburt. Man weiß nicht, ob das Kind noch lebt oder nicht. Ich habe der mündlichen Regierungserklärung beigewohnt und diese Regierungserklärung war, wie ich sie verstanden habe, in der Tendenz wesentlich anders. Die mündliche Erklärung ging dahin, die oldenburgische Regierung sei der Meinung, daß „möglichst niedrige“ Futtermittelzölle das Richtige sind. Darauf habe ich meinen Antrag abgeändert in „möglichst niedrig“. Aber wenn der Regierungsvertreter im Ausschuß später erklärt hat, er habe gesagt, ob die oldenburgische Regierung imstande ist, die Futtermittelzölle durch ihre Einwirkung zu ermäßigen, läßt sich nicht sagen — er hat es aber nicht gesagt, jedenfalls habe ich ihn so verstanden — und wenn diese Erklärung der Regierung dann zu dem neuen Antrag

führen mußte, der sich in einen unberechtigten Gegensatz zu meinem Antrag setzt, nämlich weil es darin heißt, es sollen die 3. Zt. bestehenden Zölle langfristig festgelegt werden, so ist schon irgendwo von mir gesagt, daß wir nicht alle für die Langfristigkeit sein wollen. Hier kommt es darauf an, wir wollen als Ziel Futtermittelzölle beseitigen und wenn wir erreichen können „möglichst niedrig“, d. h. beseitigen, möglichst niedrig ist gleich Null, kann ich deshalb „möglichst niedrig“ sagen, und das ist mir selbstverständlich auch durchaus recht nach der Regierungserklärung. Dementsprechend habe ich meinen Antrag geändert. Wenn dann ein neuer Antrag Nieberg da ist, der sagt, die jetzigen Zölle sollen bestehen bleiben, mit dem wir nicht einverstanden sind und für den wir nicht stimmen können, der Antrag aber in anderer Beziehung noch einen Zusatz gemacht hat, den wir für richtig halten, haben wir uns erlaubt, einen Änderungsantrag zum Antrag Nieberg zu stellen, der lautet:

Der Landtag ersucht die Regierung, durch den Vertreter Oldenburgs im Reichsrat und selbst — haben wir hinzugefügt; denn wir glauben nicht, daß man mit Vertretern diese wichtige Sache allein behandeln kann — dahin zu wirken, daß die 3. Zt. bestehenden Zölle auf Futtergerste und Mais möglichst niedrig und langfristig festgelegt werden, damit die notwendige Veruhigung in den Kreisen der Erzeuger, Verbraucher und des Handels eintritt.

Hier ist genau der Wortlaut übernommen mit der Aenderung einmal „und selbst“ bemühen und zum andern ist die Erklärung der Regierung hineingenommen „möglichst niedrig und langfristig“ festgelegt werden. Wir bewegen uns erfreulicherweise auf derselben Linie wie die Regierung und wir hoffen, daß sie bei ihrer Auffassung ohne Rücksicht auf irgendwelche Abstimmungen bleiben wird, für möglichst niedrige Futtermittel sich einzusetzen und damit der oldenburgischen Landwirtschaft und Wirtschaft im allgemeinen zu dienen. Durch die Erklärung der Regierung, die Sache für erledigt zu erklären, damit können wir uns selbstverständlich nicht einverstanden erklären. Der Herr Präsident gestattet wohl, daß ich den einen Satz der Regierungserklärung mal verlese: „Die Regierung hat bekanntlich mehrfach Gelegenheit gehabt, während der letzten Landtagstagung ihre Auffassung dahin mitzuteilen, daß im Interesse sowohl des überwiegenden Teils der oldenburgischen Landwirtschaft als auch der an der Futtergetreideeinfuhr interessierten Kreise in den Unterweserküsten der Zolltarif für Futtergerste möglichst niedrig gehalten werden müsse. An dieser Auffassung der Regierung hat sich selbstverständlich inzwischen nichts geändert. Eine Beseitigung des Zolls für Futtergerste und Mais kann unter den obwaltenden Verhältnissen nicht in Betracht gezogen werden und ist 3. Zt. auch nicht zu erreichen.“ Meine Herren, wenn man von vornherein sagt, — aber das ist die Politik der Verbeugung nach allen Seiten — ich halte es für richtig, daß der Zoll möglichst niedrig

gehalten werden muß, dann habe ich das auch zu vertreten und ich versuche das zu erreichen mit meiner ganzen Kraft. Mit solcher Erklärung können wir uns nicht zufrieden geben, möglichst niedrig gehalten werden muß, man soll es auch versuchen, und dann werden wir ja sehen, was die Regierung erreicht hat oder weshalb das nicht so gekommen ist, wenn vom 1. April höhere Futtermittelzölle drohen. Also mit dem so erledigen, um sich aus der Situation herauszuziehen, geht das nicht, Herr Abg. Meyer. Aber vielleicht werden Sie ja die Zustimmung der Mehrheit finden. Wir jedenfalls werden versuchen, den Antrag zur Entscheidung zu bringen, der „möglichst niedrige“ Futtermittelzölle will.

Weshalb ich aber diesen Antrag eigentlich gestellt habe, das ist nicht nur zurückzuführen darauf, daß der Zeitpunkt gekommen ist, wo die Verhandlungen in Berlin bevorstehen, sondern noch aus einem anderen Grunde, den ich zum Schluß sagen möchte, und das ist dieser: Der Herr zuständige Minister hat in einer Versammlung in Damme vor $\frac{1}{2}$ Jahre ganz richtig — ich glaube, bei der Tagung der Kleinbauern — erklärt, daß selbstverständlich für Oldenburg möglichst niedrige Futtermittelzölle das Richtige seien und die Regierung auch weiter dafür arbeiten würde. Ich habe das begrüßt. Dann hat die Regierung sich vertreten lassen in einer Versammlung des Landbundes vor 2 Monaten durch Ministerialrat Cassebohm. Da hat ein Berliner Herr einen Vortrag gehalten, worin er sagte, die Futtermittelzölle müßten eingereicht werden in den Zolltarif allgemein, die Differenzierung müßte verschwinden, und der Regierungsvertreter hat nichts gesagt. Nur ein prominenter Vertreter des Landbundes, der gleichzeitig Mitglied des Landtages ist, hat gesagt: Wir haben die Macht! Danach muß ich annehmen, da die Regierung den Mund hielt, daß diese Macht darauf gerichtet wird, daß man nicht mehr möglichst niedrige Futtermittelzölle, sondern höhere Futtermittelzölle will. Es ist ihnen freilich von den Koalitionsbrüdern gesagt (Heiterkeit Abg. Dannemann: Sie waren ja auch solche Brüder). (Heiterkeit). Die haben vorgebeugt und gesagt, aber bitte, so ist die Situation nicht, es kann davon gar nicht die Rede sein, die Macht haben, die Macht liegt bei uns; denn wir können auch anders, wenn wir wollen, und dann könnt ihr garnichts machen. Die Macht liegt allein bei der Zentrumspartei, und das zum Schluß zu konstatieren habe ich auch noch für ganz erwünscht und zweckmäßig gehalten.

Präsident: Das Wort hat Herr Minister Dr. Driver.

Minister Dr. Driver: Meine Herren! Die Stellungnahme der Staatsregierung zu dem Futtermittelzoll ist im Bericht niedergelegt. Die Staatsregierung ist sich bewußt, daß die Schweinemast und die Schweinezucht im Oldenburger Lande als wesentlicher Bestandteil der Landwirtschaft, ich möchte sagen, als ein Hauptteil der Landwirtschaft lohnend gehalten werden muß, und zu dem Zwecke hält sie es für

nötig, daß Futtergerste möglichst billig hereinkommt, damit die Schweinemast rentabel bleibt. Diesen Standpunkt hat die jetzige Regierung von Anfang an vertreten. Sie hat ihn teils selber, teils durch den Reichsratbevollmächtigten zur Durchführung zu bringen versucht und sie wird auch unentwegt an diesem Standpunkt festhalten. Es liegt mir daran, das hier ausdrücklich festzustellen. Oldenburg hat ein Interesse daran und nicht bloß Oldenburg, sondern die gesamte Schweinemast treibende Landwirtschaft Nordwestdeutschlands, daß die Futtergerste im Preise möglichst niedrig bleibt. (Zuruf Dannemann: Aber nicht zu niedrig.) Aber möglichst niedrig. Die Wirkung der Gersteneinfuhr erstreckt sich, soweit sie über die Nordseehäfen geht, bis auf etwa 160 Kilometer landeinwärts bis Hildesheim, Pyrmont, Münster. Die weiter südlich gelegenen Gebiete haben kein Interesse, wenigstens kein nennenswertes Interesse an unseren niedrigen Futtermittelzöllen. Etwas Gerste wird wohl auch noch über den Rhein und über die Donau eingeführt, aber diese Quantitäten sind von verhältnismäßig geringer Bedeutung. Wenn nun die Futtergerste als solche kenntlich gemacht wird, und das geht ja, dann sind diejenigen Gebiete, die eine mißbräuchliche Verwendung der Futtergerste als Braugerste befürchten, dadurch u. G. außer Gefahr. Es gibt ein untrügliches Mittel, die Futtergerste kenntlich zu machen, das ist die Hofinfärbung.

Meine Herren! Man hat die Befürchtung gehegt, daß die Gersteneinfuhr auf das heimische Getreide, besonders auf Roggen und auf Kartoffeln preisdrückend wirken könnte. Diese Befürchtungen haben sich nicht als richtig erwiesen, denn der Roggen steht doch jetzt ganz erheblich höher im Preise, als z. Bt. der Begründung dieses Zolles, des 2.-Rm.-Zolles, zum Teil 50% höher. Ebenso wenig wird behauptet werden können, daß der Preis für die Kartoffeln jetzt unzulänglich sei. Alles in allem sage ich nochmals, die Staatsregierung wird dafür eintreten und ist immer dafür eingetreten, möglichst niedrige Futtermittelzölle festzuhalten. Es ist nur die Frage, ob der jetzige Zeitpunkt dazu geeignet ist, (Zuruf Tanzen: Meinen Sie, weil Sie jetzt mit der Rechten in der Koalition sind?) eine Herabsetzung des 2.-Rm.-Zolles praktisch zu erreichen. Wir würden das an sich ganz gern sehen, aber es ist nach unserem Dafürhalten aussichtslos, und unsere Politik muß das Erreichbare erstreben. Es wird bei den jetzigen Verhandlungen nichts weiter herauskommen, als daß die Verordnung über den Gerstenzoll verlängert wird. Wir sind früher dafür eingetreten, aber nicht damit durchgedrungen, daß der Futtergerstenzoll verlängert werden möchte bis zum neuen Zolltarifgesetz. Ich möchte wünschen, daß es uns jetzt gelingt. (Zuruf: Das sind nur drei Monate). Sie wissen, daß das neue Zolltarifgesetz bis Juli wohl kaum zustande kommen wird. Vor allem kommt es darauf an, daß überhaupt die Verlängerung der Verordnung erreicht wird, denn sonst werden vom 1. April d. J. an die

autonomen Zollsätze in Wirksamkeit treten. Das zu verhüten, dürfte die Hauptsache sein. Welchen Antrag Sie annehmen wollen, müssen Sie selbst wissen. Ich möchte glauben, daß Sie unter den vorliegenden Verhältnissen unbedenklich dem vom Abg. Meyer eingebrachten Antrage die Zustimmung geben könnten.

Nun noch ein paar Worte zu der letzten Bemerkung des Herrn Vorredners über die Verhandlungen des Landbundes in der Union. Ich bin damals infolge Krankheit nicht anwesend gewesen, es war aber ein Regierungsvertreter zugegen. Als der Hauptredner damals sich dahin geäußert hat, daß er für Beseitigung des Futtermittelzolles sei, hat mein Vertreter sich mit dem Verhandlungsleiter in Verbindung gesetzt und ihm gesagt, daß er widersprechen müsse, die oldenburgische Regierung stehe nicht auf dem Standpunkt des Redners. Darauf ist ihm bemerkt worden, die schließlich zur Abstimmung gelangende Resolution liege im Entwurf vor, und in dieser Resolution sei von einer Herabsetzung der Futtermittelzölle nicht die Rede. (Zuruf Tanzen: Mit einer Herabsetzung waren Sie doch einverstanden.) Ich verspreche mich, ich meinte die Beseitigung der Differenzierung. Mit Rücksicht auf diese Erklärung hat mein Vertreter davon abgesehen, sich zum Wort zu melden.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Nieberg.

Abg. **Nieberg:** Meine Herren! Der von mir zum Antrage Tanzen gestellte Antrag unterscheidet sich von dem Antrage Tanzen dadurch, daß der Abgeordnete Tanzen eine Ermäßigung der jetzt bestehenden Zölle will, wogegen ich auf dem Standpunkt stehe, daß die z. Bt. bestehenden Zölle, ohne ermäßigt oder erhöht zu werden, langfristig festgesetzt werden sollen. Warum komme ich zu diesem Antrage? Wir hatten vor dem Kriege einen Gerstenzoll von 65 *s.*, heute einen Zoll von 1 *M.*, bei Mais hatten wir früher 1.10 *M.*, heute 1.60 *M.* Die Erhöhung des Gerstenzolles beträgt reichlich 50%, die des Maiszolles knapp 50%. Durchschnittlich haben wir also eine Erhöhung um 50%. Aber meine Herren, wir haben inzwischen einen Krieg gehabt und durch den Krieg und die Nachkriegszeit haben wir, international betrachtet, eine Gold- und Geldentwertung zu verzeichnen. Dadurch sind die Getreidepreise um mindestens 50% gestiegen. Herr Tanzen lacht, aber er wird das nicht bestreiten können. Der Zoll für Gerste und Mais ist in gleichem Verhältnis gestiegen wie die Preise für diese Artikel auf dem Weltmarkte. Ich will damit nur beweisen, daß prozentual berechnet heute der Gerstenzoll und Maiszoll genau so hoch ist wie vor dem Kriege, und nicht höher. Meine Herren, ich würde es persönlich für außerordentlich bedenklich halten, wenn wir den jetzigen Zoll noch erhöhen würden. Aber es besteht nicht die Möglichkeit, in Berlin zu erreichen, daß zum 1. April d. J. die z. Bt. bestehenden Zölle herabgesetzt werden. Sie haben ganz richtig darauf hin-

gewiesen, daß höhere Futtermittelzölle drohen. (Zuruf Tanzen). Ich wiederhole nur das, was Sie sagten. Herr Tanzen, Sie haben selbst gesagt: Es drohen höhere Futtermittelzölle am 1. April d. J. Weil höhere Futtermittelzölle drohen, stehe ich auf dem Standpunkt, daß erreicht werden muß, die 3. Zt. bestehenden Zölle zu halten. Eine Ermäßigung ist nicht zu erreichen, aber es ist wichtig, gegen eine Erhöhung Front zu machen. Darum glaube ich, daß es aus den Gründen, die ich vorher anführte, richtig ist, uns mit den jetzigen Zöllen einverstanden zu erklären. Wenn Sie aus dem Antrage Tanzen etwas herausholen wollen, müssen Sie für meinen Antrag stimmen, sonst geht es wie bei dem Hornberger Schießen, indem sämtliche Anträge abgelehnt werden.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Lehmkuhl

Abg. **Lehmkuhl:** Bei dieser Frage ist zweifellos auch mit in Betracht zu ziehen, daß wir unserer Regierung bei den Handelsvertragsverhandlungen nicht von vornherein die Waffen aus den Händen schlagen können. Aus dem Grunde halte ich es für falsch, wenn wir für Zollfreiheit und dergleichen Sachen eintreten. Ich bin auch nicht mit dem einverstanden, was Abg. Nieberg beantragt, ich vertrete das, was ich immer vertreten habe: Wir wollen bei den Getreidearten keine Zollunterschiede haben. Ich stimme dem Abg. Tanzen darin bei, daß es so, wie es heute ist, auch falsch ist, indem für Fleisch und Fleischeinfuhr die Zölle zu niedrig sind. Wenn ich es zu sagen hätte, dann würde ich den Antrag stellen: „Der Landtag ersucht die Regierung, durch den Vertreter Oldenburgs beim Reichsrat dahin zu wirken, daß die Zölle auf Futtermittel den übrigen Getreidezöllen angepaßt und die Fleisch- und Viehzölle dementsprechend erhöht werden.“ Vieles von dem, was Herr Tanzen angeführt hat, war sehr schön, und ich stimme in manchen Punkten ihm bei. Aber die Schlußfolgerungen sind für mich andere. Herr Tanzen hat auf die glänzende Entwicklung der Landwirtschaft vor dem Kriege hingewiesen. Meine Herren! Wenn wir etwas weiter gehen, müssen wir sagen: Jetzt, wo die Verhältnisse dazu drängen, uns im Inlande alles zu beschaffen, was nötig ist, so müßte es auch möglich sein, aus dem eigenem Boden die nötigen Futtermittel zu beschaffen. Was heißt es denn, wenn wir ein Schwein ausführen, welches wir mit fremder Futtergerste gemästet haben? Wenn wir den 3. Teil mit eigenen Futtermitteln erzeugt haben, dann haben wir aus dem deutschen Boden mehr herausgeholt. Grundsätzlich dürfen wir als Landwirtschaftsvertreter es nicht dahin kommen lassen, daß die Erzeugung von Pflanzen auf deutschem Boden zurückgeht. Der Getreidebau ist und bleibt das Rückgrat der deutschen Landwirtschaft. Wenn ausgeführt wurde, daß die Herabsetzung des Gerstenpreises sich nicht auf das Brotgetreide auswirkt, dann ist das abwegig. Augenblicklich ist der Zoll für Brotgetreide

höher als der Gerstenzoll, aber der Preis für Futtergerste ist ebenso hoch, normalerweise müßte er etwas niedriger sein. Es müßte heute bei dem niedrigeren Zollschutz ein niedrigerer Preis bei Futtermitteln vorhanden sein.

Ich werde dem Antrag Nieberg zustimmen, aber er genügt meinen Anforderungen im Interesse der oldenburgischen Landwirtschaft entschieden nicht. Mir ist schon früher vorgeworfen, daß nur der ostpreussische Junker Interesse an den hohen Futtermittelzöllen habe. Die Vorwürfe gehen mich nichts an. Wir können in Oldenburg keine Politik für uns allein treiben. Ich sehe auch in dem billigen Futter die Ursache für die großen Schwankungen für Schweine, die wir immer gesehen haben. Daran hat aber niemand ein Interesse. Wie hoch man die Zölle setzen will, darüber läßt sich reden, und wenn man als Ziel den freien Handel hat, so läßt sich auch darüber reden, wenn man ihn auf allen Gebieten haben will. Wir müssen nur das, was wir wollen, mit klarer Linie durchführen. Da halte ich es für falsch, wenn wir das eine so und das andere so behandeln.

Präsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dannemann.

Abg. **Dannemann:** Meine Herren! Ich hatte nicht die Absicht, heute zu diesem Punkt das Wort zu nehmen. Nachdem aber der Abg. Tanzen eine solche lange Rede gehalten hat, muß ich doch noch auf einiges eingehen. Herr Tanzen ist nach seinen Ausführungen immer noch der alte Freihändler, wie es die Freisinnigen früher waren. Er unterscheidet sich darin von einem großen Teil der Abgeordneten der demokratischen Partei, die im Reichstage sind. Ich hatte die Absicht, zu beantragen, den Punkt abzusehen und in der nächsten Sitzung zu verhandeln und zwar aus einem ganz bestimmten Grunde. Herr Tanzen hatte in seinem Antrage zunächst gesagt, daß der Zoll möglichst beseitigt werden solle. Er hat nach etwa 14 Tagen — inzwischen war der Parteitag der demokratischen Partei in Braunschweig gewesen — den Antrag geändert. Er sieht jetzt schon davon ab, zu beantragen, den Zoll zu beseitigen. Ich glaube, wenn wir noch 14 Tage warten würden, würde er auf dem Boden stehen, den wir einnehmen.

Meine Herren! Herr Tanzen hat gesagt, wenn man etwas erreichen wolle, dann müsse man mehr fördern. So kommt es vielleicht, daß Herr Tanzen soweit gegangen ist. Er will nicht das erreichen, was er beantragt, er fordert das nur. Das hat er durch seinen Zwischenruf eingestanden. Nun zu dem, was Tanzen von der Landbundversammlung sagte. Er sagte, die Regierung hätte in der Versammlung das Wort nehmen müssen. Darüber kann man geteilter Meinung sein. Ich möchte nur sagen, daß es Regierungen gegeben hat, die schon viel zu viel geredet haben und daß es nicht immer angebracht ist, daß sie reden. Lassen wir auch das Volk reden. Abg. Tanzen hat sodann gesagt, daß ein Mitglied des Landtages

in dieser Versammlung gesagt habe: „Wir haben die Macht.“ Das hat auch in der Presse gestanden. Ich nehme an, daß er mich gemeint hat. Ich habe nicht gesagt: „Wir haben die Macht“, sondern ich habe gesagt: „Sie haben die Macht.“ Ich meinte damit den Landbund. „Sorgen Sie dafür, daß Sie diese Macht behalten.“ Ich bin der Ueberzeugung, daß der Abg. Tanzen sich nur ärgert, daß er nicht mehr die Macht hat. Ich habe noch mehr gesagt, und es wurde Zeit, daß es gesagt wurde, ich will das hier nicht alles wiederholen.

Herr Tanzen hat weiter gesagt, die Kaufkraft der Mark sei bis 1914 gewaltig gestiegen. Ich freue mich, daß er das hervorgehoben hat. Aber wie kam das denn? War die Kaufkraft gestiegen, wo wir den freien Handel hatten? Nein. Von 1902 bis 1914, wo der Zollschutz einsetzte, da stieg die Kaufkraft, nicht trotz des Zolles, sondern durch den Zoll. Meine Herren! Der freie Handel denkt immer nur an die Höhe des Einkommens, er sorgt nicht für die Sicherheit des Einkommens. Diese Sicherheit wollen wir aber durch den Zollschutz schaffen. Wenn eine ganze Welt sich mit Zollschutzmauern umgibt, dann kann es nicht anders gehen, daß auch wir sie fordern. Es ist ausgeschlossen, daß wir in Deutschland es anders machen, als es überall gemacht wird. Man sagt, durch den billigen Gerstenzoll erreicht man, daß man höhere Ueberschüsse bei der Schweinemast erreicht. Ich bin anderer Meinung. Selbstverständlich kann das für ein paar Jahre sein. Wenn ich heute Schweinemäster bin und kann die Gerste billig kaufen, dann habe ich einen großen Ueberschuß, vielleicht auch noch im nächsten Jahre. Aber blicken wir hinaus, was sehen wir dann? Wir sehen, daß nirgends Kapital in die Landwirtschaft hineingesteckt wird, aber bei der Schweinemast erleben wir, daß Schweinemästereien im Lande wie Pilze aus der Erde geschossen sind. Das muß verhindert werden. Das ist keine Landwirtschaft. Wir wollen einen Zustand, der es ermöglicht, daß die Landwirtschaft Schweinemast betreibt, nicht die Landwirtschaft allein, auch jeder kleine Mann, der für sich ein Schwein mästet. Die Landwirtschaft will ihre eigenen Futtermittel verwerten können. Das ist auch volkswirtschaftlich richtig. Wenn ein Schweinemäster 5 Pfund Gerste nötig hat für 1 Pfund Fleisch, dann hat der kleine Landwirt nur 3 Pfund nötig, weil er in seinem Betriebe alle Abfälle verwerten kann. Darin besteht der große Vorteil, daß er immer noch in der Lage ist, Schweine mästen zu können, um dadurch den Lohn für seine Arbeit zu erhalten. Wenn der Gewinn bei der Schweinemast so groß ist, dann ist in kurzer Zeit der Landwirt und kleine Arbeiter erledigt, denn dann entstehen eben die großen Mästereien in Massen. So weit ist es schon gekommen. Wir brauchen nur hineinzugehen in das Land. Dort finden wir es beständig. Wie kommt es denn, daß die Schweinepreise so zurückgehen? In Tausenden werden die Schweine in den Schweinemastanstalten gehalten. Das soll und muß Aufgabe der Landwirtschaft bleiben. Wir wollen

stabile Preise, wir wollen Preise, bei denen wir auf unsere Kosten kommen, denn nur dann kann die Schweinemast von Dauer sein.

Meine Herren! Der Gerstenzoll muß schon erhalten bleiben im Interesse des übrigen Getreidebau treibenden Bauernstandes. Das eine ist klar: Kommt die Gerste frei herein, dann wirkt sich das aus auf alle anderen Getreidepreise, auch auf Roggen; denn ein großer Teil des Roggen wird verfüttert. (Zuruf von der Regierung: Nein). Herr Minister, ich weiß das bestimmt. Kommen Sie in unsere Gegend hinein und sehen Sie sich das an. Der Bauer macht sich nicht immer die Arbeit, daß er den Roggen wegbringt und Gerste wiederholt, damit sind Kosten verbunden. Er verfüttert den Roggen auch. Wenn der Zoll für Gerste herabgesetzt wird, dann fällt ohne Zweifel der Roggen. Dann ist aber der Landwirt nicht lebensfähig. Ich will das erläutern in einem Beispiel. Nehmen wir an, die Gerste wäre zu kaufen, meinetwegen für 6 *M* den Zentner. — Das gibt es zwar nicht. Aber wir wollen annehmen, es wäre der Fall. Ja, meine Herren, wenn die Gerste im Ausland 6,— *M* kosten und wenn sie zollfrei hereinkommen würde, dann wäre es mit unserem Acker vorbei, denn zu 6,— *M* kann der deutsche Bauer kein Getreide bauen. Und gehen wir weiter, was würde geschehen mit dem Grund und Boden? Würde der Boden noch einen Wert haben? Meine Herren, dann können Sie Fuchstreiben abhalten auf dem Boden. Ich meine, daß Sie aus dem Kriege hätten lernen sollen, was es heißt, ein Land zu haben, das in der Lage ist, sein Volk zu ernähren. Aus diesem Grunde vertreten wir den Zollschutz. Ich bin nicht der Meinung, daß dieser Zollschutz erniedrigt werden soll. Ich würde dafür sein, ihn noch etwas zu erhöhen, weil ich die Ueberzeugung habe, daß es so nicht weiter geht, denn ein Provit ist bei der Schweinemast nicht mehr vorhanden. Wir werden erleben, daß die Schweinemästereien zusammenbrechen. Die Schweinemästereien sind ein Krebschaden am deutschen Volk, sie müssen verschwinden aus dem Lande. Ich meine damit nicht die kleinen landwirtschaftlichen Mästereien. Wenn der Geestbauer bei seiner Landarbeit nicht mehr auf seine Kosten kommt, wird er sich umstellen und glauben Sie, daß er dann nicht in der Lage ist, Viehzucht betreiben zu können? Die Viehzählungslisten sollten Ihnen die Augen geöffnet haben. Es ist nicht mehr so, daß das meiste Vieh in den Marschen ist. Ohne Viehzucht geht es auch auf der Geest nicht. Alle Bezirke können sich umstellen. Bringt der Acker keine Erträge, dann gehen wir zur Viehzucht über oder zur Schweinemast. Wenn aber der ganze Osten dazu übergehen sollte, sich auf Viehzucht oder Schweinemast zu legen, dann sind wir mit unserer Schweinemast ganz erledigt. Aus diesem Grunde will ich den Schutz haben. Ich will nicht, daß diese Konkurrenz kommt. Sie sorgen von heute auf morgen, aber nicht auf lange Sicht. Ich bitte, den Antrag Nieberg anzunehmen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Thye.

Abg. **Thye:** Meine Herren! Ich wollte zu dem Antrage nicht reden, aber es sind von dem Abg. Tanzen einige Ausführungen gemacht, die mir nicht verständlich geworden sind. Es ist von Tanzen gesagt worden, daß wir möglichst hohe Fleischzölle haben müßten und die Einfuhr aus Polen soweit wie möglich unterbinden sollten, andererseits wir aber billige Futtermittel haben müßten, wenn möglich zollfrei. Nun weiß ich nicht, wie diese Anträge, einerseits auf Erhöhung und andererseits auf Freilassung von der Demokratie gemeint sind. Es ist bisher immer, wenn von dieser Seite zu den Zollvorlagen geredet ist, letzten Endes der freie Handel vorgeschlagen worden. Und wir sind auch bei dieser Differenzierung bei Gersten und Fleischzoll auf dem besten Wege zum freien Handel. Wenn wir als Vertreter der Landwirtschaft uns sagen, wir wollen die Gerste möglichst zollfrei einführen, dann wird uns natürlich der Gerstenbauer und ich betone es sind die kleinen und kleinsten Landwirte in Süd- und Mitteldeutschland, sagen: Wir wollen dann auch Pferde nicht verzollt eingeführt haben, die Ihr produziert. Meine Herren! Wenn so die Uneinigkeit in die Reihen der Landwirtschaft hineingetragen und der Zolltarif durchbrochen ist, dann werden wir erleben, daß wir von einem eigentlichen Zollschutz überhaupt nicht mehr reden können. Es ist weiter zu beachten, daß wir Millionen von Tonnen Kartoffeln im Jahre einfach nicht verwerten können. Meine Herren! Es liegt doch nahe und das wird jeder einsehen müssen, wenn es lange so geht, dann wird in den großen Kartoffelgegenden eine Schweinemast blühen, die uns ganz empfindliche Konkurrenz macht. Es ist ein schöner Gedanke, man kauft sich billige Gerste und verkauft teure Schweine. Wenn der Gedanke durchzuführen wäre, wie Tanzen das so wunderbar schön auseinander gesetzt hat, dann wäre ich dabei und würde mich um meine Landwirtschaft nicht mehr kümmern. Er sagt und darin habe ich den größten Widerspruch gesehen, daß 90 % der Arbeit der bäuerlichen Betriebe auf Veredelung eingestellt ist und 10% auf Getreidebau usw. (Zuruf Tanzen: So ist es heute in der Tat nach den statistischen Berechnungen.) Wenn wir diese 90 % einsetzen für Schweinemast, Buttererzeugung und Eiererzeugung, so müssen wir andererseits konstatieren, wir können es leicht bei unseren Schweineproduzenten feststellen, daß doch der allergrößte Teil der Futtermittel, aus denen diese Schweine entstanden sind, aus unserem eigenen Lande stammen. Wenn nun soviel Arbeit verwendet worden ist auf diese Erzeugung, 12—14 stündige tägliche Arbeit aller Kräfte, und man kann einen einfacheren Weg finden, indem man die Gerste zollfrei einführt, dann wird man sich schwer hüten und soviel Arbeit für die Bewirtschaftung des Ackers und die Gewinnung der Futtermittel verwenden, oder wenn man sie anwendet, dann hat man sie eben zu niedrig bezahlt bekommen. Um diese Arbeit lohnend zu gestalten, verlangen wir nationalen Schutz für diese 90 % der Arbeit.

Meine Herren! Die Ausfuhr der Schweine nach England ist kaum in Betracht zu ziehen. Führen wir

Futtermittel ein und dann und wann einige Schweine nach England aus, so kann das doch irgend einen Einfluß nicht ausüben. Dann tritt wieder das ein, was ich schon sagte: Wir führen billige Futtermittel ein und billige Schweine aus und bekommen auch unsere Arbeit billig angerechnet. Diese Arbeit aber möchte ich doch etwas höher bewertet haben. Wenn wir bedenken, daß nicht 8 Stunden, sondern bis 14 Stunden gearbeitet werden, nicht von dem Manne allein, sondern auch von Frau und Kindern, dann müssen wir bedacht sein diese Arbeit höher zu bewerten.

Meine Herren! Wir haben bei dem Antrage Nieberg nicht zu befürchten, daß unsere oldenburgische Landwirtschaft geschädigt wird. Dieser Zollschutz ist, wie Ihnen bewiesen wurde, nicht höher als der Zollschutz vor dem Kriege. Wir haben diesen Zollschutz vor dem Kriege tragen können. Unsere Viehhaltung hat sich vermehrt und unsere Schweinehaltung ist immer größer geworden. Wenn wir ein gewagtes Spiel treiben und die Futtermittel zollfrei einführen wollen, so kommen wir höchstens vom Regen in die Traufe.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Themann.

Abg. **Themann:** Meine Herren! Der Verbesserungsantrag des Abg. Nieberg will weiter nichts als eine Festlegung oder Anerkennung des jetzigen Zollsatzes auf Futtergerste. Dieses kann man nicht mitmachen, wenn man ein Interesse hat für die Schweinemast. Sie wissen alle, daß die Rentabilität der Schweinemast dahin ist; deshalb freut es mich sehr, daß die Regierung einwandfrei ausgesprochen hat, wie sie zu der Frage des Gerstenzolls steht. Die Befürchtungen des Herrn Abg. Dannemann, daß die Schweinemast industriemäßig billiger als durch die Landwirtschaft betrieben werden könnte, teile ich nicht. Durch die Verfütterung der Küchenabfälle, die sonst keine Verwendung finden, ist die Schweinemast in der Landwirtschaft rentabler. Ein Verfüttern von Roggen auf dem Lande kann gar nicht stattfinden, weil der erzeugte gar nicht reicht, um dem Rindvieh wenigstens davon zu geben und um Brotgetreide herzustellen. Der größte Teil der Roggenernte im Süden wird als Brotgetreide verwendet und kann gar nicht anders verwandt werden.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Meyer (Holte.)

Abg. **Meyer** — (Holte): Der Abg. Tanzen hat sich veranlaßt gefühlt, dem Zentrum einige Liebenswürdigkeiten und Schmeicheleien zu sagen. (Zwischenrufe). Man könnte meinen, da Sie sonst keine Veranlassung dazu haben, daß dieses Vorgehen aus einer gewissen Verärgerung herrührt. Das schien mir die Quelle zu sein. (Abg. Tanzen: Ach!).

Zur Sache selbst dann, meine Herren. Herr Abg. Tanzen führte aus, er könne sich meinem Antrage nicht anschließen, weil im zweiten Teil die Ausführungen der Regierung nicht klar und eindeutig seien. Nachdem aber der Herr Minister des Innern die Erklärung nochmals wiederholt hat und ganz klar und eindeutig

erklärt hat, was die Regierung will, sodas die Bedenken des Herrn Abg. Tanzen jetzt vollkommen verschwunden sein müssen (Widerspruch links), glaube ich, das auch er meinen Antrag unterstützen kann. Ich freue mich, das die Staatsregierung erklärte, das es ihre Aufgabe bleiben werde, das Erreichbare zu erreichen und zu versuchen, das die anderen Zölle mindestens auf der jetzigen Höhe bleiben. Deshalb kann auch Herr Nieberg meinem Antrage ruhig zustimmen. Ich habe mit meinem Antrage lediglich eine Plattform schaffen wollen, auf die alle Parteien treten können. Ich halte es für richtiger, das wir diesen Antrag annehmen wir erreichen so etwas, sonst kommt es so, das sämtliche Anträge abgelehnt werden.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Hug.

Abg. **Hug:** Meine Herren! Der Antrag Tanzen und der Antrag Dannemann-Thye, die hängen innerlich eigentlich zusammen. Leider sind sie formell nicht so, das man sie auch zusammen behandeln kann. Der Kollege Dannemann hatte zwar das Pulver, das er vorhin verschossen hat, eigentlich auf die Debatte für seinen Antrag vorgesehen. Er hat ungefähr dieselben Ausführungen im Ausschus gemacht über den Antrag. (Abg. Dannemann: Ich will gleich gar nicht wieder reden). Also, meine Herren, darum kann es nicht schaden, wenn man den innerlichen Zusammenhang betrachtet, Ausführungen zu machen, die über den Rahmen des Antrages Tanzen hinausgehen und in den anderen übergehen.

Ich will zunächst sagen, esehrte die bekannte, die furchtbare Klage wieder, das jeder Ueberfluß an Lebensmitteln ein Unglück ist, während dies doch ein Glück sein sollte für die darbenende Menschheit. Zum andern muß ich sagen, angesichts der weltwirtschaftlichen Umstellung, vor der wir stehen, in der wir wohl schon drin sind, muten mich diese Debatten in einem kleinen gesetzgebenden Körper, wie es der Oldenburger Landtag ist, ganz eigentümlich an. Sie können doch daran nicht vorbeikommen, meine Herren, das, soweit auf dem Boden der Wirklichkeit, der Staatengliederung, der Wirtschaftsgliederung, man sich damit beschäftigen muß, das es dann gar nichts anderes gibt, als Handelsverträge und das in den Handelsverträgen natürlich nicht der Standpunkt eingenommen werden kann, das auf der Welt nur Landwirte existieren, sondern auch andere Menschen. (Abg. Dannemann: Und die Landwirte auch.) Die wissen sich schon zu helfen. Sie sind vor allen Dingen immer in der Lage, sich ihr Brot verschaffen zu können, während die anderen das nicht können. Sie würden immer noch das Notdürftigste sich verschaffen können zum Leben. Das ist eine Binsenwahrheit. In allen Reden aber von Seiten der Agrarier draußen und drinnen kommt die Klage zum Ausdruck: wir Landwirte sind arme, ja die bedürftigsten Menschen. Meine Herren, Sie glauben gar nicht, wie aufreizend diese Klage wirkt bei der großen Masse der Konsumenten und Sie brauchen sich auch darum nicht zu wundern, wenn

eine feindliche schroffablehnende Haltung gegen Sie entsteht. (Abg. Dannemann: Ihre Ansichten wirken auch aufreizend auf die andere Seite.) Es ist sicher richtig, das man bei der Kompliziertheit unseres Wirtschaftslebens nicht einen Erwerbszweig, einen Produktionszweig, zugrunde gehen lassen kann. Wie schwierig das ist, das haben die Ausführungen des Herrn Kollegen Dannemann ganz besonders gezeigt. Der Antrag Tanzen gibt nach meinem Dafürhalten in dieser Krisis, in der die Schweinemästerei ist, ein kleines Mittel an die Hand, zu helfen. Das lehnen Sie ab. Sie sagen, wir haben eine Krisis im Absatz, eine Absatzkrisis. Ja und da ist es eines der Mittel, diese Krisis zu vermindern, die Produktionskosten herabzudrücken. (Abg. Dannemann: Dann kommen wir in eine noch größere Krisis.) Das ist eben die kapitalistische Wirkung und da hat es mich sehr interessiert, das Sie sich beklagen über die Entwicklung der Schweinemästereien. Sie verurteilen nur die Schweinemästereien, die nicht von Landwirten betrieben werden, die von Landwirten betrieben werden sehen Sie nicht als gefährlich an, in der Krisis nur den Umstand, das ein Gendarm, ein Bäcker Hunderte von Schweinen hält. Sie warten auf die Stunde, wo die Krisis diesem Zustand ein Ende macht. Diesen Wechsel in der Schweinefleischproduktion werden Sie nicht beseitigen können. Er ist so alt wie die gewerbmäßige Schweinemast. Meine Herren, Sie suchen nicht nach andern Mitteln, um der Landwirtschaft aufzuhelfen, Sie denken auch nicht an die Ausfuhr der feinen Fleisch- und Wurstwaren, die Wechselwirkung in der Ein- und Ausfuhr rührt Sie nicht. Aber vor allen Dingen mögen Sie mich der Sünde zeihen, ich sei einseitig, ich kann aber wohl die Notlage der kleinen Landleute begreifen und der kann abgeholfen werden zu einem Teil durch Verminderung der Kosten der Produktionsmittel, die Lebenshaltung der großen Masse, die muß auch ihre Beachtung finden und wir haben doch nun die Tatsache zu verzeichnen, das heute die Kosten der Lebenshaltung um 30—40% höher sind als vor dem Kriege. Wir haben ferner die Tatsache zu verzeichnen, das der Reallohn heute niedriger ist als vor dem Kriege und wir haben die Tatsache zu verzeichnen, das wir 2 Millionen erwerbslose Menschen haben, die kaum imstande sind, das Allernotwendigste sich zu verschaffen und darum müssen wir dafür kämpfen, das diese niedrigen Existenzen nicht noch durch Zölle usw. beschwert werden. (Abg. Dannemann: Dann kriegen Sie noch mehr.) Na, dann kommen wir eben zum Sozialismus. Herr Dannemann, Sie haben da neulich einen Satz ausgesprochen — aber den haben Sie nicht selbst gemacht, sondern haben ihn übernommen —, das es Leute gibt, die nicht denken wollen, weil sie Furcht haben, sie bekämen Schwielen im Hirn. Mir scheint doch auch, das Sie sich vor diesen schmerzhaften Zuständen in Ihrem werten Kopfe fürchten, sonst würden Sie das, was im Großen um uns herum vorgeht, auch in Betracht ziehen. (Abg. Dannemann: Denken Sie

Stenogr. Berichte. IV. Landtag, 3. Versammlung.



nur auch nach.) Manchen Tag und manche Nacht habe ich über soziale Probleme nachgedacht. Wir haben die sozialen Zustände viel mehr Kopfschmerzen gemacht als Ihnen, sonst würden Sie die wunderbaren Reden nicht gehalten haben. Wenn Sie glauben, daß mit Zöllen allein die Krisis zu überwinden ist, so irren Sie sich. Wir werden mit unserm Antrag allein stehen, wie vorhin bei dem Antrag Nieberg. Aber das schadet nichts. In Ihrem Antrage sagen Sie, Sie wollen vor einer übermäßigen Einfuhr von ausländischen Schweinen und Gefrierfleisch schützen. Das ist ein schwammiger Begriff, übermäßig. Wo ist der Anfang? Meine Herren, das ist nichts anderes, als das Bestreben zur Hochschutzzollpolitik. Die Erfahrungen, die wir schon 30—40 Jahre haben, zeigen das Bestreben der Organisation, der Sie angehören, nicht mit den Zöllen in den Handelsverträgen zufrieden zu sein, sondern nach Hochschutzzöllen. Sie nehmen es bitter ernst damit, die neuen Hochschutzzölle zu bekommen.

Nun zu dem Antrag Tanzen noch 'mal. Wir stimmen für den Abänderungsantrag des Abg. Tanzen. Wir stimmen gegen den Antrag des Abg. Meyer. Meine Herren, man mag reden, was man will, es täuscht uns nichts über die Tatsache hinweg, daß nicht nur innerhalb des Zentrums man über diese Frage verschiedener Meinung ist, sondern auch innerhalb der landwirtschaftlichen Kreise in Oldenburg überhaupt. (Widerspruch im Zentrum.) Ich bitte Sie, nehmen Sie doch von dem Prädikat, daß Sie die klügste Partei sind, nichts weg, sondern seien Sie doch stolz darauf. (Heiterkeit.) Das ist unsere Auffassung von den Dingen und von der werden wir nicht abgehen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Tanzen.

Abg. Tanzen: Meine Herren! Gestatten Sie mir als Marschlandwirt auch meine Stellung zu der Gerstenzollfrage darzulegen. Das größte Interesse für den Gerstenzoll hat unbedingt die Geest. Aber auch in der Marsch werden Schweine gemästet und erhebliche Mengen Gerste an das Vieh verfüttert. Man sollte also annehmen, daß auch der Marschlandwirt, vor allem derjenige, der nur Weideland hat, dafür wäre, daß der Gerstenzoll möglichst niedrig gehalten würde, und doch ist das nicht der Fall. Die Kaufkraft der Abnehmer muß erhalten bleiben, hat Herr Abg. Tanzen gesagt, und gerade aus diesem Grunde nimmt der Landwirt in der Marsch eine andere Stellung ein als der Abg. Tanzen. Der Landwirt in der Marsch produziert Vieh und Pferde und der Abnehmer ist der Getreidebauer. Deshalb hat er ein Interesse daran, daß es diesem gut geht und dessen Produkte hinreichend durch Zölle geschützt werden. Wer als Marschlandwirt noch nicht gewußt hat, daß er hieran ein Interesse hat, der hat es erfahren im Herbst 1925. Da erlebten wir, daß die Preise für Getreide ungeheuer fielen. Sie waren kaum eine Woche gefallen, da machte sich das be-

merkbar bei den Viehpreisen. Der größere Teil des Viehs war noch nicht verkauft und es mußte dann bis zum Frühjahr hin zu Schleuderpreisen verwertet werden. Wer damals in der Marsch noch nicht wußte, ob er für die Schutzölle eintreten solle, im Herbst 1925 hat er es erfahren. Deshalb trete ich heute für den Antrag Nieberg ein, obgleich ich nicht verhehlen will, daß der Antrag mir nicht weit genug geht.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Tanzen.

Abg. Tanzen: Ich habe den Herrn Präsidenten gefragt, ob ich das Schlußwort bekommen könnte. Aber das ist nicht der Fall. Der Berichterstatter bekommt es. Ich bekomme das Schlußwort nicht, daher muß ich das Wort jetzt noch 'mal nehmen.

Herr Tanzen hat gesagt, die Landwirte in der Marsch hätten kein Interesse an möglichst niedrigen Futtermittelzöllen. Dem muß ich entschieden widersprechen. Unter Landwirten in der Marsch verstehe doch nicht einen Teil der Landwirte im FEVERLAND, sondern alle Landwirte in der Marsch, und wenn diese Landwirte allein darüber zu entscheiden hätten, Herr Abg. Tanzen, ob sie höhere oder möglichst niedrige Zölle haben wollen, dann können Sie sich mit Bestimmtheit dazu verlassen, daß die übergroße Mehrheit für möglichst niedrige Zölle stimmen wird. Herr Tanzen hat in seiner Situation nicht recht. Ich bin auch überzeugt, daß für das FEVERLAND die Kaufkraft der Landwirtschaft Norddeutschlands eine gewisse Rolle spielt und das ist auch sonst in der Marsch der Fall, aber man muß sich doch überlegen, was hat der Zuchtvieh- und Pferdeabsatz im Verhältnis zu der Gesamtproduktion in der Marsch für eine Bedeutung. Ganz wenig — prozentual — wird in Form von Zuchtvieh abgesetzt, viel mehr wird an Butter, Milch Eier, Schweinefleisch und Rindfleisch verkauft und nur ganz wenig Prozente sind es, was an Zuchtvieh und Zuchtpferden verkauft wird. Damit kann man nicht schlussfolgern, sondern solche Schlussfolgerung würde nur einer ganz kleinen Zahl von hundert dienen.

Herr Meyer hört häufig mit 4 Ohren, wenn ich was sage, und heute scheint es mir auch so, als wenn er noch 2 neue Ohren sich angesteckt hat. (Heiterkeit.) Wenn ich sagte, daß das Zentrum in bezug auf die Landbundesversammlung gesagt habe, die Macht liegt nicht bei euch, sondern bei uns, so ist das doch nichts häßliches, was ich dem Zentrum nachgesagt habe und wenn ich weiter gesagt habe, daß ich zwar nicht wußte, aber es verlautete, daß in Berlin in einem Dunkel, was nicht zu sehen ist, daß da Abmachungen getroffen werden, die man, ganz parteimäßig selbstverständlich mit Recht, weil sie parteimäßig nicht erfolgt sind, abstreiten kann, so glaube ich, daß diese Möglichkeit besteht und daß auf Grund dieser Möglichkeit auch schon das zaghafte Verhalten des Zentrums bei dieser Frage, nicht in Oldenburg, das zaghafte Verhalten in Berlin in bezug auf diese Frage, nämlich Futtermittelzölle höher oder niedriger, Handelsvertrag Polen, eine Rolle spielt. Es ist schon immer so gewesen, die Vertreter der Kreise, die

an hohen Zöllen in erster Linie Interesse zu haben glauben, die haben es bisher in Deutschland schon immer verstanden, sich dann wieder rechtzeitig an den Tisch zu setzen, wenn die Speisen verteilt wurden und die Zeit ist jetzt wieder da. Das Zentrum hat dem nachgegeben und wir werden ja sehen, was hierbei herauskommt und wo das Zentrum hingehet. (Abg. Sante: Sie könnten dabei sein). Sie wissen wohl, Herr Sante, wenn Sie sagen, in Berlin hätten die Demokraten mitmachen können, es besteht ein Unterschied zwischen der Zentrumsparlei und der Demokratischen Partei, nämlich daß wir in dem Umfange an Wandlungsfähigkeit mit dem Zentrum einfach nicht mitkönnen, (Heiterkeit) und deshalb können Sie nicht verlangen, daß wir das mitmachen sollen, was Sie tun. (Unruhe im Zentrum.) Es ist doch so. Sie kennen alle die Politik der Zentrumsparlei und wir wissen ja, daß sie, wenn sie als Partei bestehen will, in ihren eigenen Kreisen die Rücksicht zu nehmen hat; aber daß da ganz merkwürdige Situationen herauskommen und ob die dauernd haltbar sind, das ist das Interessante. Wenn ein Mann wie Marx, Republikaner, Mitglied des Reichsbanners, dieser selbe Mann (Unruhe im Zentrum), der von den republikanischen Parteien auf den Schild gegen Hindenburg gehoben wurde und die republikanischen Parteien das Opfer gebracht haben, eine solche Rechtsregierung bildet, wie sie die augenblickliche Reichsregierung ist, so muß man sagen, daß auch die republikanischen Parteien in Bezug auf ihre Haltung einige Revisionen vornehmen müssen. (Abg. Dannemann: Mit dem Demokraten Geßler). (Präsident: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu reizen, damit wir nicht noch weiteres von der Reichspolitik zu hören bekommen). (Heiterkeit). Ich habe gar nicht das Recht, mich zu den Bemerkungen des Herrn Präsidenten zustimmend oder ablehnend zu äußern, aber wenn ich das Recht hätte, dann würde ich sagen, daß ich ihm voll und ganz zustimme. (Heiterkeit).

Nun, meine Herren, bei meinem Antrag ist ja eins herausgekommen, daß die Herren vom Landbund, die in der Deutschnationalen Partei sitzen, einen Antrag annehmen wollen, den der Landbund, als Organisation betrachtet, aufs schärfste bekämpft. Er bekämpft die Differenzierung, und es ist immerhin ein Erfolg, daß dieselben Herren Dohm, Sanßen, Thye jetzt sagen, wir stimmen für den Antrag Nieberg. Sie haben das gar nicht nötig, stellen Sie doch einen anderen Antrag. Aber Sie nehmen den Antrag Nieberg an und ich hoffe nun, daß diese Politik hier auch im Lande und im Landbund weitere Früchte trägt, daß diese Politik, die Sie hier im Landtag mit der Annahme des Antrages Nieberg vertreten, auch die Politik des Landbundes werden wird.

Nun sagte Herr Nieberg, die Kaufkraft des Geldes ist zurückgegangen, deshalb die Erhöhung der Zölle. Das hängt gar nicht zusammen mit der Zollpolitik. Damit kann man das bestimmt nicht begründen, und wenn Herr Nieberg sagt, er ist für die heutigen Zölle, so ist er nicht deshalb dafür, weil man vielleicht heute und in den nächsten 3 Monaten nicht mehr erreicht,

sondern tatsächlich, weil er glaubt, hier aus taktischen Gründen dafür sein zu sollen; denn in Berlin muß man heute, wie die Situation ist, bestimmtes fordern, eine Herabsetzung fordern und hier müssen die Kreise, die nur für die Beibehaltung der jetzigen Zölle sind, dabei sein und sagen, wir wollen eine Ermäßigung, und dann ist es bei der heutigen Situation vielleicht möglich, daß man bei der jetzigen Grenze bleibt. (Zuruf des Abg. Meyer-Holte.) Wir wissen, daß Sie alle in Ihrer Fraktion einen Standpunkt einnehmen, der irgendwie die anderen einsackt, und das werden Sie diesmal auch wohl wieder fertig bekommen. Meine Herren, die Sache ist also die, daß die niedrigen Zollsätze, die wir durchsetzen müssen, nur zu erreichen sind, wenn wir sie klar fordern von der Regierung, das ist mir nicht genügend klar zum Ausdruck gekommen, und da der Antrag Meyer für uns auch nicht in Betracht kommt, werden wir selbstverständlich bei dem Verbesserungsantrag zum Antrag Nieberg bleiben. Es ist ja auch ganz klar folgend, was der Abg. Dannemann versucht hat, auseinanderzusetzen, die Schweinemästereien, die großen Schweinemästereien, die nicht mit der Landwirtschaft verbunden sind, sollten beseitigt werden. Meine Herren, wenn die landwirtschaftlichen Mästereien verschwinden, sind die Großmästereien lange verschwunden, können sie nicht existieren. Das wissen wir alle, und deshalb ist das immer ein auf und ab. Wenn die Schweinepreise fallen, werden die großen Mästereien ihre Türen wieder zumachen, und wenn wir nicht eine sozialisierte Wirtschaft haben wollen bei der Schweinemast, dann darf man solche Forderungen nicht stellen, wie der Abg. Dannemann, dann darf man solche Forderungen, daß die Schweinemast von anderen nicht betrieben werden darf als von Landwirten, überhaupt nicht aufstellen. Angebot und Nachfrage regelt sich ganz von selbst.

Nun sagte Herr Dannemann — und das ist das, was ich zum Schluß sagen will — Herr Tangen hätte vor 14 Tagen eine Meinung gehabt, die in seinem Antrag zum Ausdruck kommt, dann hätte er sich der Meinung angeschlossen, daß die Futtermittelzölle möglichst niedrig gehalten werden sollen, das käme wohl von Braunschweig her, und wenn wir noch warteten, würde er sich den Antrag Nieberg zu eigen machen, und er sagte, daß sich meine Auffassung unterscheidet von der Auffassung der Demokratischen Reichspartei. Das ist nicht der Fall. Die Demokratische Reichspartei tritt für die Einfuhrfreiheit von Futtermitteln ein und zwar unverzollt. Die Demokratische Reichspartei hat deshalb auch jetzt den Antrag gestellt in Berlin, die Futtermittelzölle weitmöglichst zu ermäßigen und nicht beizubehalten in der jetzigen Höhe. Das ist eine vollständige Übereinstimmung. Aber weshalb ich meinen Antrag geändert habe, ist der Grund, weil der Regierungsvertreter wörtlich den Ausdruck gebrauchte in meiner Gegenwart „möglichst niedrig“, und wenn die Regierung darauf eingeht, bin ich einverstanden, und deshalb habe ich sofort die Gelegenheit wahrgenommen, mich in diese Übereinstimmung zu setzen. Dann hoffte ich

selbstverständlich, daß die Zentrumspartei nun zustimmen würde; denn die Zentrumspartei ist die Partei, die den Ausschlag gibt in wichtigen Dingen. Aber die haben nun einen Ausweg gefunden, und wollen die Sache gar nicht zur Entscheidung bringen. Ich weiß nicht, wie die einzelnen Herren der Zentrumspartei sich dazu stellen. Ich bin der Auffassung, daß wir die Dinge entscheidend vom kleinen Oldenburg aus doch nicht beeinflussen. Dann würden sich ganz andere Dinge ergeben hier in Oldenburg. Wenn hier die Entscheidung läge, dann könnten Sie sich dazu verlassen, daß die ganz große Mehrheit auch des Landvolkes in Nord und Süd keine andere Stellung einnehme als die von mir vertretene, sonst hätten auch Sie im Landbund (nach rechts) in Ihrer Entschliebung etwas dazu gesagt. Aber Sie wissen, daß dies ein heißes Eisen ist, daß man ungern anfakt. Die Frage ist jedoch von einer Bedeutung für Oldenburg und man muß sich dafür entscheiden. Es freut mich, daß Sie jetzt wenigstens die 20 *M* wollen und die Differenzierung auch behalten wollen.

Ich hoffe, daß die Zentrumspartei sich doch noch eines besseren besinnen wird, daß der Antrag nur ein Antrag Meyer ist und kein Zentrumsantrag (Heiterkeit) und daß die anderen Herren des Zentrums den Antrag unterstützen werden, der erklärt „möglichst niedrige“ Zölle. Ich bin der Meinung, das können Sie alle, und wenn Sie es tun, so sind Sie noch dazu in vollständiger Übereinstimmung mit der Regierung.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Danneemann.

Abg. **Danneemann.** Meine Herren! Ich messe dem Antrage an sich keine große Bedeutung bei. Aber es hätte doch merkwürdig ausgesehen, wenn wir uns zu diesem Antrage nicht geäußert hätten. Herr Hug hat etwas gesagt, was ich im Ausschuß gesagt haben soll. Das stimmt und ich bin infolge dessen gezwungen, das klar zu stellen. Herr Hug hat von dem Nachdenken gesprochen und von Schwielen im Gehirn. Ich habe im Ausschuß erklärt, daß ich es nur im Ausschuß sagen wolle, ich wolle es in der Öffentlichkeit nicht sagen. Herr Hug aber veranlaßt mich, es doch zu tun. Gelegentlich der Hengstkörung in Wechta hielt der Generalsekretär der Deutschen Bauernvereine einen Vortrag. Er führte verschiedenes aus, sprach aber vor allen Dingen auch über die Futtermittelfrage, und hat dort ganz ausführlich nachgewiesen, daß der Bauernverein Süd-Oldenburgs mit seiner Stellungnahme auf falschem Wege sei. So interessant habe ich das noch nie gehört, so daß sich jeder überzeugen mußte, daß es notwendig ist, für Futtermittel einen angemessenen Futtermittelzoll zu erheben und daß der jetzige Zoll nicht als angemessen betrachtet werden kann. Herr Tanzen hat gesagt: Wenn wir in Oldenburg abstimmen lassen, dann weiß ich bestimmt, daß die Mehrheit sich gegen den Gerstenzoll ausspricht oder wenigstens für niedrigen Zoll eintritt. Meine Herren! Dr. Krone sagte, man solle über diese

Frage etwas näher nachdenken, aber Sie leiden darunter, daß Sie nicht nachdenken, Sie fürchten, daß, wenn Sie nachdenken, Sie im Gehirn Schwielen kriegen. Er sagte weiter: Wir haben 27 Bauernvereine in Deutschland, und unter den 27 Bauernvereinen sind 26, die für den Gerstenzoll sind und nur einer, der dagegen ist. Das ist der Oldenburger. Ich wollte das hier nicht sagen, aber die Ausführungen des Herrn Hug zwingen mich dazu.

Dann sagte Herr Tanzen vorhin, das Zentrum habe dem Landbund gesagt: „Seid stille, die Macht liegt nicht bei ihnen, sondern bei uns.“ Das höre ich heute zum ersten Male. (Zuruf: Das stand in der Wechtaer Zeitung und in den Nachrichten von Stadt und Land.) Meine Herren! Ich kann Ihnen die Versicherung geben, ob das Zentrum sagt, seid stille oder laut, das ist dem Landbund einerlei. Er vertritt seinen Standpunkt wie er es will. Ich glaube auch nicht, daß das Zentrum das gesagt hat. (Zuruf: Sie hören es doch, daß es richtig ist.)

Ich habe die Ueberzeugung, daß, mag die Abstimmung ausfallen wie sie will, der Antrag keine große Bedeutung hat. Man wird in Berlin wissen, wie man es mit der Frage machen muß. Ich habe das Vertrauen zu der Reichsregierung, daß sie den richtigen Weg finden wird. Ich wünsche, daß heute kein Antrag angenommen wird.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Müller.

Abg. **Müller:** Meine Herren! Es ist hoch bedauerlich, daß in dieser für Oldenburg wichtigen Frage keine Einmütigkeit zu erzielen ist. Daran ist die Parteileidenschaft schuld. Die Anträge unterscheiden sich so wenig, daß ich als praktischer Mann sagen muß: Weshalb ist man sich nicht einig. Tanzen will den Zoll möglichst niedrig festgesetzt wissen. Nieberg sagt: Der Zoll hat keine Aussicht, ermäßigt zu werden. Handel und Konsumente haben sich damit abgefunden. Die Hauptsache ist, daß der Zoll auf lange Zeit verlängert wird, damit Handel und Konsumenten wissen, wie sie daran sind. Das Hin und Her bei der Höhe des Zolles ist nicht zu ertragen. Alle Vierteljahre steht man vor der Frage, wie wird sich der Zoll gestalten? Deshalb hatte ich gehofft, daß man sich auf den Antrag Nieberg einigen würde. Der Antrag ist auch in unserer Fraktion nicht glatt durchgegangen, er ist auch bei uns ein Kompromißantrag. Wenn man den Antrag Meyer ansieht, so besagt er nichts, er lautet: „Wir billigen die Erklärung der Staatsregierung.“ Was die Staatsregierung erklärt, kann man in Berlin nicht ohne weiteres wissen. Hätten wir uns auf einen Antrag geeinigt, den Antrag Nieberg, so wäre diese einstimmige Annahme von einiger Bedeutung gewesen. So zersplittert sich die Sache und die ganze Geschichte hat keinen Wert und ist ohne Bedeutung.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Sante.

Abg. **Sante:** Meine Herren: Herr Tanzen sprach in sehr interessanter Weise, aber folgen kann

man ihm in vieler Beziehung nicht. Ich will nur zwei Bemerkung herausgreifen und darauf eingehen. Herr Tanzen sagte: An Wandlungsfähigkeit scheint das Zentrum noch jede andere Partei zu übertreffen. Ich halte diese Aeußerung für sehr gewagt. Ich erinnere daran, daß die Politik des Zentrums im Reiche mit ganz kurzen Unterbrechungen seit Jahren mit den Demokraten gemeinsam gemacht ist. Wenn die Politik damals wandlungsfähig war, dann war auch die Politik der Demokraten wandlungsfähig! Nun werden Sie sagen, die neue Reichsregierung ist allein vom Zentrum mit der Rechten gebildet worden. Darauf kann ich nur erwidern: Die Tore waren den Demokraten weit geöffnet und ich bedauere, daß Sie nicht bereit gewesen sind, sich an der Regierung zu beteiligen. Wenn Herr Tanzen von den unterschiedlichen Auffassungen im Zentrum spricht, so muß ich ihm erwidern: Bestanden nicht auch bei den Demokraten unterschiedliche Auffassungen? Haben sich nicht auch die Demokraten länger überlegt, ob es richtig war, in die Regierung einzutreten oder nicht? Er hat nicht das Recht, zu behaupten, daß das Zentrum eine wandlungsfähige Partei sei, es ist wenigstens nicht mehr oder weniger wandlungsfähiger als andere Parteien. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Rüstingen ist auch viel über die Regierungsbildung im Reiche gesprochen und die dort vertretenen Meinungen waren wirklich nicht einheitlich. Herr Tanzen sprach dann von Marx und sagte, daß die republikanischen Parteien ihn für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt hätten und daß derselbe Marx jetzt mit den Hindenburgwählern die Regierung bilde. Hiernach könnte man eine etwas eigenartige Auffassung von Reichskanzler Marx bekommen. Aber, meine Herren, Marx ist der Mann, der bei unserer gesamten Zentrumsparthei im größten Ansehen steht. Er war nicht nur unser Präsidentschaftskandidat, sondern die republikanischen Parteien haben ihn gemeinsam aufgestellt. Wir haben damals diesen Schritt getan, nicht etwa weil er Zentrumsmann war, sondern weil er der Mann ist, der sehr viel für sein deutsches Vaterland getan hat. Wenn wir auch anerkennen müssen, daß die republikanischen Parteien ihn gemeinsam aufgestellt haben, so muß ich doch sagen, daß, wenn er durchgefallen ist, es auch die Schuld eines Teiles der republikanischen Parteien ist, die ihm am Wahltage die Stimme verweigerte. Ich glaube deshalb, daß man mit diesen Vorwürfen etwas vorsichtiger sein sollte. Wir sind davon überzeugt, daß unsere Politik im Reiche und auch in unserem Lande so ist, daß sie als eine Politik des Ausgleichs und der Vernunft bezeichnet werden kann.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Nieberg.

Abg. **Nieberg:** Gestatten Sie mir noch ganz kurz einige Worte. Herr Meyer führte aus, daß man sich mit dem Erreichbaren zufrieden geben müßte. Das tut mein Antrag, und darum wundere ich mich, daß der Antrag des Zentrums den Namen des Abg.

Meyer trägt. Sie können nicht erwarten, daß ich meinen Antrag zu Gunsten Ihres Antrages zurückziehe. Wenn auch Sie auf dem Standpunkt stehen, daß wir uns mit dem Erreichbaren zufrieden geben müssen, dann können Sie nur für meinen Antrag stimmen. Lehnen Sie meinen Antrag ab, dann wird kein Antrag angenommen. Ob das im Interesse derjenigen Mitglieder Ihrer Fraktion liegt, die diesen Antrag veranlaßt haben, ist mir zweifelhaft.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Hug.

Abg. **Hug:** Meine Herren! Die Ausführungen des Herrn Müller (Brake) haben viel für sich. Im Ausschuß war, nachdem der Abg. Tanzen seinen Antrag geändert hatte, allgemein die Auffassung so, daß alle dafür stimmen könnten. (Zuruf Nieberg: Das stimmt nicht.) Wenn dann einer von den Herren den Antrag gestellt hätte, das Wort „langfristig“ hineinzubringen, dann wäre alles erledigt gewesen.

Dann ein Wort zu Herrn Sante. So vermessen war ich nicht, diesen Antrag in Parallele zu stellen mit der großen Politik im Reiche. Ich wollte nur feststellen, daß in der Frage dieses Antrages auch im Zentrum die Meinungen auseinandergehen. Das, was Herr Sante gesagt hat, war Schweinepolitik und keine große Politik.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Meyer (Holte).

Abg. **Meyer:** Ich verstehe die Ausführung des Abg. Nieberg nicht. Mein Antrag unterscheidet sich von Ihrem Antrag nur insoweit, als wir z. Bt. nicht mehr zu erreichen sehen. Wenn später mehr erreichbar sein wird, dann wird die Staatsregierung das tun, was notwendig ist. Wir wollen einmal der Linken es ermöglichen, sich unserem Antrage anzuschließen und dann auch Ihnen, die etwas weitergehende Wünsche haben. Die Erklärung der Regierung war so klar und zutreffend, daß kein Zweifel bestehen kann, daß mein Antrag die einzige Möglichkeit ist, etwas zu erreichen. Ich bitte alle Herren von rechts und links, meinen Antrag anzunehmen, dann werden Sie etwas Gutes für die Sache tun.

Präsident: Für den Fall, daß noch Wortmeldungen vorliegen, habe ich hier einen Antrag von dem Abg. Frerichs, der sagt:

Ich beantrage Schluß der Debatte.

Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag auf Schluß der Debatte annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Ich glaube, am meisten weicht der Antrag Meyer ab, er sagt:

„Der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Abg. Tanzen durch die Ausführungen der Staatsregierung im Ausschuß für erledigt erklären.“

Ich bitte die Abgeordneten, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der

Antrag ist abgelehnt. Es folgt nun der Verbesserungsantrag des Abg. Nieberg zum Antrage Tanzen. Er lautet:

Der Landtag ersucht die Regierung, durch den Vertreter Oldenburgs im Reichsrat dahin zu wirken, daß die z. Bt. bestehenden Zölle auf Futtergerste und Mais langfristig festgelegt werden, damit die notwendige Beruhigung in den Kreisen der Erzeuger, Verbraucher und des Handels eintritt.

Ich bitte die Abgeordneten, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist abgelehnt. Damit ist auch der Antrag 2 des Ausschusses abgelehnt. Ich bitte nun die Abgeordneten, die den Antrag 1 des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist abgelehnt.

Gegenstand 26a der Tagesordnung ist der

Bericht des Ausschusses 1 zu dem selbständigen Antrag der Abgeordneten Dannemann-Thye.

Dazu beantragt ein Teil des Ausschusses: Annahme des selbständigen Antrages Dannemann-Thye.

Eine Minderheit stellt den Antrag 2: Ablehnung des Antrages Dannemann-Thye.

Ich eröffne die Beratung zu den beiden Anträgen und zu dem selbständigen Antrage Dannemann-Thye. Das Wort hat Herr Abg. Dannemann.

Abg. **Dannemann:** Nach der Erklärung, die die Staatsregierung heute zu der Anfrage Lehmkuhl abgegeben hat, habe ich keine Veranlassung, zu diesem Antrage das Wort zu nehmen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Schmidt.

Abg. **Schmidt:** Meine Herren! Der Antrag von den Herren vom Landesblock ist unbedenklich und an sich selbstverständlich, denn es ist klar, daß eine übermäßige Einfuhr von ausländischem Fleisch nicht im Interesse der deutschen Landwirtschaft liegt und darum verhindert werden muß. Das ist unser Standpunkt zu dem Antrage der Herren vom Landesblock. Wir stehen auf dem Boden, auf dem wir vor ein paar Jahren standen, als der Reichsminister Graf Ranitz die Grenzen gegen Holland öffnete und große Mengen holländischer Pferde nach Deutschland eingeführt wurden. Da haben wir den Antrag gestellt, daß ein Einfuhrverbot erlassen werden möge, und von solcher Auffassung gehen wir heute noch aus. Wir sind der Meinung, daß übermäßige Einfuhr ausländischen Fleisches verhindert werden soll.

Wenn wir auch dem Antrag an sich zustimmen, so sind wir doch der Meinung, daß die Begründung nicht in allen Punkten das richtige trifft. Wir sind der Meinung, daß die billigen Futtermittelpreise nicht direkt im Zusammenhange stehen mit der Errichtung von großen Mästereien, und wir sind auch der Ueberzeugung, daß der Oldenburger Bauer die Konkurrenz

der großen Mästereien sehr wohl zu tragen in der Lage ist, und dabei glaube ich, daß dem oldenburgischen Bauern insbesondere gedient werden kann durch mäßige Futtermittelzölle. Daß dieses Ziel energisch verfolgt werden soll, hat leider die soeben erfolgte Verhandlung nicht gezeigt. Wir werden für den Antrag stimmen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Hug.

Abg. **Hug:** Ich möchte nur eine Erklärung abgeben. (Zuruf: Sie stimmen doch auch zu, Herr Hug?) Ich habe vorhin mitgeteilt, daß wir befürchten müssen, daß Ihr Antrag in seinen Konsequenzen zu einem Hochschutzzoll führen wird. Ich halte heute in dieser Zeit der Handelsverträge solche Hochschutzzölle für unmöglich. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Regierung bei den Handelsverträgen dafür sorgen wird, daß der Erwerbszweig, der hier in Frage kommt, geschützt wird. Im Uebrigen möchte ich darauf aufmerksam machen, daß nach der Statistik die Dinge für die Landwirtschaft noch günstiger liegen als vor dem Kriege. Nach der Statistik haben wir 1913 in Deutschland rund 18 000 000 Stück Rindvieh gehabt, heute 17 000 000 Stück. 1913 hatten wir 22 000 000 Schweine, jetzt 19 000 000. Also von diesem Gesichtspunkte aus gesehen erscheint die Begründung, die hier gegeben ist, nicht stichhaltig. (Zuruf: Meyer (Holte): Die Statistik ist immer nicht richtig.)

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir stimmen zunächst über den Antrag 2 ab:

Ablehnung des Antrages Dannemann-Thye.

Ich bitte die Abgeordneten die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist abgelehnt. Ich bitte nun die Abgeordneten, die den Antrag 1 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

27. Gegenstand ist der

Bericht des Ausschusses 1 über die Anlage 1, betreffend Veränderungen im Bestand des Staatsguts, soweit erforderlich, die nachträgliche Zustimmung zu erteilen.

Der Ausschuss beantragt:

Der Landtag wolle den Veränderungen im Bestande des Staatsguts in den drei Landes-teilen vom 1. Oktober 1925 bis dahin 1926, soweit erforderlich, nachträglich seine Zustimmung erteilen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu der Vorlage der Staatsregierung. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und bitte die Abgeordneten, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

28. Gegenstand ist der

Bericht des Ausschusses 2 zu Anlage 9. Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lübeck, betreffend Aenderung der Wegeordnung vom 22. März 1912.

Der Ausschuß beantragt:

Annahme des Gesetzesentwurfs.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu der Vorlage der Staatsregierung. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und bitte die Abgeordneten, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen. Anträge zur 2. Lesung erbitte ich bis morgen früh 10 Uhr.

29. Gegenstand ist der

Bericht des Ausschusses 2 zu Anlage 12. Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lübeck, betr. Aenderung des Gesetzes vom 5. März 1900, betr. Erhebung einer Kurtaxe in Niendorf, Klein-Timmendorferstrand, Scharbeutz und Haffkrug und betr. Bildung eines Ostseebäderfonds.

Der Ausschuß beantragt:

Annahme des Gesetzesentwurfs.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu der Vorlage der Staatsregierung und gebe das Wort Herrn Abg. Tanzen.

Abg. Tanzen: Schon vor einigen Jahren habe ich im Plenum zum Ausdruck gebracht, daß die Fassung, die jetzt der Gesetzesentwurf gefunden hat und die von einem Teil des Ausschusses vertreten ist, auf die Dauer nicht richtig sei. Ich sehe sie auch heute nicht für richtig an. Ich bin der Meinung, daß, wenn der Fonds von der Regierung verwaltet wird, und er jetzt einer Kontrolle unterstellt werden soll, es nicht richtig ist, daß dem Landesauschuß die Rechnung und der Voranschlag zur Begutachtung und dem Landtage zur Kenntnis vorgelegt werden. An sich hat der Landtag immer das Recht, zu sagen: Ich will es so und nicht anders haben. Weshalb soll das nicht ganz klar zum Ausdruck kommen, indem gesagt wird, daß Rechnung und Voranschlag dem Landtage zur Genehmigung vorzulegen sind, denn letzten Endes ist doch die Kenntnisnahme auch eine Genehmigung. Das hindert auch nicht die Freiheit des Handelns der Regierung. Deshalb glaube ich, daß es richtig ist, daß man für „Kenntnis“ das Wort „Genehmigung“ schreibt. Wenn man die Genehmigung vom Landtage nicht haben will, bin ich auch einverstanden mit der Genehmigung durch den Landesauschuß. Ich glaube aber, daß die Herren lieber die Begutachtung im Landesauschuß und die Genehmigung hier vornehmen lassen. Ich bitte das nochmals zu überlegen.

Präsident: Das Wort ist nicht weiter gewünscht. Ich schließe die Beratung und bitte die Abgeordneten, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen. Anträge zur 2. Lesung erbitte ich bis morgen früh 10 Uhr.

30. Gegenstand ist der

Bericht des Ausschusses 2 über die vom Staatsministerium erlassene Verordnung für den Freistaat Oldenburg vom 15. November 1926 zur Abänderung des Gesetzes vom 7. Juli 1924 zur Ausführung der

Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht und zur Ausführung des Gesetzes vom 8. Juni 1926 über die Aenderung der Reichsverordnung.

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle der Verordnung seine verfassungsmäßige Bestätigung erteilen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu der Vorlage der Staatsregierung. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und bitte die Abgeordneten, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

31. Gegenstand ist der

Bericht des Ausschusses 3 über die Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienklasse des Landesteils Oldenburg für das Rechnungsjahr 1. April 1927/28.

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die zur Verfügung stehenden Staatsgutskapitalien

- a) für Erwerbung neuer Staatsgüter,
- b) für den Ankauf von Grundstücken zur besseren Abrundung der Staatsforsten und von zur Kultur geeigneten Flächen zu bewilligen.

2. Das Rechnungsergebnis für 1925 durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu der Vorlage der Staatsregierung. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und bitte die Abgeordneten, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

32. Gegenstand ist der

Bericht des Ausschusses 3 über die Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienklasse des Landesteils Birkenfeld für das Rechnungsjahr 1. April 1927/28.

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die zur Verfügung stehenden Mittel zum Ankauf von Grundstücken und zur Ablösung von Forstberechtigungen zu bewilligen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu der Vorlage der Staatsregierung und gebe das Wort Herrn Abg. Faber.

Abg. Faber: Ich bitte um Absezung von der Tagesordnung, da wir zum Birkenfelder Etat Anträge stellen werden, die sich mit diesem Antrage nicht decken.

Präsident: Die Abgeordneten aus Birkenfeld beantragen Absezung. Der Landtag ist einverstanden.

33. Gegenstand ist der

Bericht des Ausschusses 3 über die Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienklasse des Landesteils Lübeck für das Rechnungsjahr 1. April 1927/28.

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Von den zurzeit zur Verfügung stehenden Mitteln



- a) zum Neubau einer Feldscheune auf der Staatsdomäne Adolfs Hof 7000 *M.*,
 - b) zum Anbau eines Rinder- und Kälberstalles daselbst 6000 *M.*,
 - c) zum Neubau eines Schweinestalles auf der Staatsdomäne Beutinerhof 6000 *M.*,
 - d) zum Ausbau der Heintichstraße in Cutin 4700 *M.*,
 - e) zu Landerwerbungen zwecks Ablegung von Instenparzellen und zur Errichtung von Anbauerstellen,
 - f) zu Landerwerbungen behufs Abrundung von Staatsforsten und zum Ankauf von zur Aufforstung geeigneten Ländereien,
 - g) zu Meliorationen und Abwässerungsanlagen, die dauernde Werterhöhung der Staatsgrundstücke versprechen,
- zu bewilligen.

2. Das Rechnungsergebnis für 1925 durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären.

Ich eröffne die Beratung zu dem Antrage und zu der Vorlage der Staatsregierung und gebe das Wort Herrn Abg. Fick.

Abg. **Fick**: Ich möchte den Landtag ersuchen, auch diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen, da die Fragen, die in bezug auf die Staatsgüter an die Staatsregierung gerichtet sind, noch nicht beantwortet sind. Nach Beantwortung dieser Fragen würde es noch möglich sein, entsprechende Abänderungsanträge zu stellen. Ich will nur noch kurz sagen, daß die Sache mit den Staatsgütern so liegt, daß immer Zuschüsse erforderlich sind, deshalb möchte ich bitten, bei den Fragen, die an die Staatsregierung gerichtet sind bzgl. der Staatsgüter, eine genaue Prüfung vorzunehmen, ob die Staatsgüter zu realisieren sind, und ich möchte bitten, auch diese Anlage zurückzustellen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Dohm.

Abg. **Dohm**: Ich bin der Meinung, daß man über diese Anlage heute ruhig abstimmen kann, und

daß es nicht nötig ist, noch weitere Auskünfte einzuholen. Ich bitte, die Abstimmung vorzunehmen.

Präsident: Es liegt also ein Antrag Fick vor, den Punkt 33 von der Tagesordnung abzusetzen. Der Landtag geht nicht einig in diesem Punkte; ich muß daher abstimmen lassen. Ich bitte die Abgeordneten, die diesen Punkt absetzen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Das ist eine Minderheit. Dann wird verhandelt. Ich stelle den Antrag nochmals zur Beratung. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir stimmen ab. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Er ist angenommen. Damit ist die Tagesordnung nach der Reihenfolge der Punkte erschöpft. Es ist noch übrig geblieben Punkt 11 der Tagesordnung:

Wahl von 7 ehrenamtlichen Mitgliedern des Oberbewertungsausschusses beim Landesfinanzamt Oldenburg.

Ich habe vorhin festgestellt, daß überall durch Zuruf abgestimmt werden soll. Ich erbitte Vorschläge. Das Wort hat Herr Abg. Wempe.

Abg. **Wempe**: Ich schlage vor, folgende Herren zu wählen: Landwirt Anton Mennen in Horum, Zimmermeister Hahnenkamp in Oldenburg, Landwirt Johann Hollmann in Dötlingen, Zeller August Wehage in Langwege bei Dinklage, Zeller Georg Meyer in Nutteln bei Cloppenburg, Ziegeleibesitzer Karl Schwarting in Borgstede und Parteisekretär Frerichs in Rüstingen, und zwar die genannten Herren als Mitglieder und zugleich als Vertreter aller übrigen Mitglieder des Oberbewertungsausschusses zu wählen.

Präsident: Werden andere Vorschläge gemacht? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich die Abgeordneten, die die genannten Herren wählen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Sie sind gewählt. — Ich schließe die Sitzung.

— Schluß 1 Uhr 45 —